

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II B 1-83.00-0-679/68 geheim

22. April 1968

Betr.: Frage einer Reise des Bundesaußenministers zur bevorstehenden NV-Debatte in den VN

Bezug: DB des VN-Beobachters Nr. 286 vom 16. April 1968, geh.¹

Ich stimme dem Votum unseres Beobachters bei den Vereinten Nationen zu, daß die persönliche Anwesenheit des Herrn Bundesministers in New York während der Vollversammlung wegen der Unübersichtlichkeit der Lage nicht ratsam erscheint.

Eine Enquête bei den Nichtkernwaffenstaaten, die weder der NATO und dem Warschauer Pakt angehören noch Mitglieder der Genfer Abrüstungskonferenz sind, hat bisher folgendes Bild ergeben:

Etwa ein Drittel, 36 Stellungnahmen, lassen eine positive Stimmabgabe erwarten. Etwa ein Drittel, 34 Stellungnahmen, vermeiden die Festlegung. Die noch nicht festgelegten Regierungen wollen den Verlauf der Debatte abwarten und beobachten die Haltung anderer, ihnen vor allem regional wichtig erscheinender Staaten. Über das letzte Drittel liegen keine Antworten vor. Die Enquête hat nur zwei Ablehnungen erbracht (Gabun und Guinea).

Folgende Faktoren der jüngsten Entwicklung könnten das Zustandekommen einer überwältigenden Mehrheit für den Vertrag in Frage stellen:

- Schwarzafrikanische Staaten überlegen, ihre Zustimmung von einem Vorgehen Südafrikas abhängig zu machen.
- Johnsons Kandidaturverzicht und sein Verhandlungsangebot an Nordvietnam² verstärken die Neigung mancher Regierungen, erst einmal abzuwarten.

¹ Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO), riet Bundesminister Brandt, nicht persönlich an der am 26. April 1968 beginnenden Debatte der UNO-Generalversammlung über die Verabsiedlung eines Nichtverbreitungsabkommens teilzunehmen: „Amerikaner und Sowjets üben gegenwärtig starke Pressionen auf die ungebundenen nichtnuklearen Länder aus mit dem Ziel, ihre Unterstützung für den Vertragsentwurf zu erwirken. Diese wiederum sind teilweise darüber verbitert und beabsichtigen, um weitreichende Abänderungen des Vertragstextes zu kämpfen. Unter diesen Umständen wäre es unvermeidlich, daß Ihr Aufenthalt in New York mit Einzelheiten des Geschehens in der Vollversammlung direkt in Verbindung gebracht würde und daß Sie, je nach Lage, als eine treibende oder bremsende, jedenfalls als eine ausschlaggebende Kraft betrachtet werden würden. Wir würden dann unvermeidlich die Kritik der Befürworter oder der Gegner des Entwurfs auf uns lenken, und ich glaube nicht, daß dies in unserem Interesse ist.“ Vgl. VS-Bd. 10080 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1968.

² Am 31. März 1968 erklärte der amerikanische Präsident in einer Rundfunk- und Fernsehansprache: „Tonight, I renew the offer I made last August – to stop the bombardment of North Vietnam. We ask that talks begin promptly, that they be serious talks on the substance of peace.“ Johnson bekräftigte das Angebot durch die Ankündigung, die Angriffe amerikanischer Luft- und Seestreitkräfte auf die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) mit Ausnahme der Gebiete nördlich der entmilitarisierten Zone einzustellen. Zudem gab er bekannt: „I shall not seek, and I will not accept, the nomination of my party for another term as your President.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, JOHNSON 1968-69, I, S. 470 und S. 476. Für den deutschen Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 170-174 (Auszug).

- Brasilien versucht, lateinamerikanische Staaten von einer Zustimmung zum Vertragsentwurf³ zurückzuhalten, es sei denn, er werde geändert.

Die Anwesenheit des Herrn Bundesministers in New York würde angesichts dieser unübersichtlichen Lage von den kommunistischen Staaten wahrscheinlich propagandistisch als „verstärkte deutsche Bemühungen um einen negativen Ausgang der Debatte“ herausgestellt werden. Da unser Anliegen durch den Herrn Bundesminister nicht wesentlich gefördert werden könnte, sollte – unter Verzicht auf die sich bietenden Kontaktmöglichkeiten – von einer Reise des Herrn Bundesministers nach New York Abstand genommen werden.

Die Botschaft Washington, Generalkonsulat Genf, der Beobachter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen und die NATO-Vertretung Brüssel sind mit Drahterlaß vom 27.3. davon unterrichtet worden, daß über die Reise des Herrn Bundesministers nach New York noch nicht entschieden worden sei.⁴ Sie werden nach Entscheidung des Herrn Ministers entsprechende Weisung erhalten.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär⁵ dem Herrn Bundesminister⁶ vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 4342 (II B 1)

³ Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs vom 11. März 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1968, S. 162–166.

⁴ Für den am 26. März 1968 kopierten Drahterlaß Nr. 1325 des Ministerialdirektors Ruete vgl. VS-Bd. 4333 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1968.

⁵ Hat Staatssekretär Lahr am 25. April 1968 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ritzel vermerkte: „Der Herr Minister teilt diese Meinung. Er wollte ein Treffen mit Rusk am Vortage der NATO-Konferenz in Reykjavik in Betracht ziehen.“

⁶ Die Wörter „dem Herrn Bundesminister“ wurden vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ritzel hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Er hat entschieden, jetzt nicht nach N[ew] Y[ork] zu reisen.“

**Botschafter Freiherr von Braun, New York (UNO),
an das Auswärtige Amt**

Z B 6-1-12840/68 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 304
Cito

Aufgabe: 22. April 1968, 14.45 Uhr¹
Ankunft: 22. April 1968, 22.50 Uhr

Nur für Büro Staatssekretär

Betr.: Außenpolitischer Standort der Bundesrepublik Deutschland

Bezug: Drahterlaß Nr. 1331 Plurex vom 27.3.68 – StS-574/68 VS-v²

Nachstehend folgt weisungsgemäß Kurzfassung des von mir geplanten Vortrags:

I. Die Lage der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinten Nationen ist nach wie vor prekär; unsere Gegner wissen, daß sie uns dort in der Deutschlandfrage Schaden zufügen können. Trotzdem ist unser Ansehen letztthin gestiegen, im wesentlichen als Folge unserer neuen Deutschland- und Ostpolitik. Sie wird als konstruktiv und erfolgreich empfunden. Im Lichte dieser Politik betrachtet man die Teilung Deutschlands heute weniger als eine deutsche Querele oder eine verdiente Strafe, sondern eher als ein alle angehendes europäisches Problem. Die sowjetische Politik der Isolierung der Bundesrepublik Deutschland begegnet zunehmend Schwierigkeiten, auch bei den Osteuropäern. Der Kurswert des Ulbricht-Regimes ist gefallen.

Unsere Haltung zum Atomsperrvertrag hat uns gleichfalls einen gewissen Respekt verschafft. Man erkennt an, daß die deutsche Persönlichkeit eigene nationale Konturen anzunehmen begonnen hat.

Die Entwicklungsländer verzeichnen positiv Umfang und Steigerung unserer Entwicklungshilfe.

II. Als Passiva sind zu vermerken:

- 1) Die innenpolitische Entwicklung der letzten Zeit (Demonstrationen radikaler Studenten und Zunahme der NPD-Stimmen). Die Kontinuität unserer demokratischen Entwicklung und die Festigkeit unserer Staatsordnung gehören zu unseren wichtigsten außenpolitischen Kapitalien.
- 2) Die Sowjetunion setzt ihre Zermürbungs- und Isolierungspolitik uns gegenüber energisch fort. Differenziertere Vorgehensweisen, wie etwa die Einreichung von Aufnahmeanträgen der SBZ in internationalen Organisationen, haben hierbei Erfolgsaussichten. Hier gelingt es der Sowjetunion nach wie vor,

1 Hat Staatssekretär Duckwitz vorgelegen.

2 Am 27. März 1968 bat Staatssekretär Duckwitz die Botschafter Herwarth von Bittenfeld (Rom), Knappstein (Washington), Klaiber (Paris), Blankenhorn (London), von Walther (Moskau), Krapf (Tokio), von Braun (New York/UNO) und Grewe (Brüssel/NATO), am außenpolitischen Kolloquium am 2./3. Mai 1968 teilzunehmen und vorab eine Zusammenfassung des geplanten zwanzigminütigen Kurvvortrags „zur Vorausunterrichtung des Bundeskanzlers“ zu übermitteln. Vgl. VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

eine Solidarität unter den Osteuropäern herzustellen (z.B. Antrag auf Aufnahme der DDR in die WHO³).

Aus Sicht der VN sind die Hauptziele der sowjetischen Deutschlandpolitik die Konsolidierung unserer Teilung, die Fixierung der Bundesrepublik Deutschland als besieгtes Land⁴ in einem Status minderen Rechts, die Schaffung eines sowjetischen Mitspracherechts in unseren inneren Angelegenheiten. Daß die Sowjetunion sich neuerdings auf die Bestimmungen der Artikel 53 und 107 der VN-Charta beruft (Ausnahmerecht für Sieger gegenüber den Besiegten), ist ein Hinweis darauf.

3) Prekär ist unsere Lage insbesondere deswegen, weil Anerkennungen Ostberlins durch afrikanische und asiatische, u.a. auch arabische Regierungen denkbar sind. Unter Afrikanern herrscht eine gewisse Verbitterung über unsere vermeintlich unzureichende Unterstützung in der Apartheid- und Rhodesien-Frage. Die radikaleren unter ihnen spielen mit dem Gedanken, sich durch Zulassung der SBZ zu VN-Gremien zu „rächen“.

4) Weiteres Passivum in den Vereinten Nationen ist für uns die europäische Zerrissenheit, weil aus den stark divergierenden Tendenzen in der europäischen Gruppe leicht ein Wettbewerb um Moskaus Gunst zu unseren Lasten entstehen könnte. Bei den kleineren europäischen Ländern sind diese Tendenzen stärker als bei den sicherheitsbewußteren Größeren.

5) Auch in den VN belastet uns der Verschleiß der Allianz. In Fragen der nuklearen Rüstungsbegrenzung und in Weltraumfragen arbeiten die USA mit der Sowjetunion viel enger zusammen als mit ihren westlichen Verbündeten; auf anderen Gebieten (Nahost, friedenserhaltende Operationen) vertreten Frankreich und die Sowjetunion fast übereinstimmende Ansichten, die denen der meisten NATO-Verbündeten zuwiderlaufen. Die europäisch-amerikanische Entfremdung als Folge des Vietnamkonflikts schreitet fort; die Belastungen der Allianz durch Atomsperrvertrag und Rotationsstrategie sind unverkennbar. Für uns als besonders sicherheitsempfindliches Land ist diese Brüchigkeit der Allianz gefährlich, weil sie bis zur Blockierung unserer Entspannungspolitik führen könnte.

III. Der amerikanisch-sowjetische Dialog wird trotz Vietnam beim Atomsperrvertrag intensiv fortgeführt. Eine Ausweitung auf andere Themen ist jederzeit denkbar. Dessen ungeachtet bestehen im Verhältnis der beiden Großen zueinander wichtige Konfrontationselemente weiter fort (Kampf um Einflußzonen in Nahost und Lateinamerika). Die Propagandafeldzüge der beiden Großen haben nicht nachgelassen; jeder operiert mit dem Hintergedanken, Evolutionen in Richtung auf die eigene politische und gesellschaftliche Struktur beim anderen auslösen zu können.

Denkbar ist, daß ein neuer amerikanischer Präsident die Verständigung mit der Sowjetunion zu einem Hauptziel macht; Robert Kennedy beispielsweise scheint dieser Frage große Bedeutung beizumessen.

³ Zum Antrag der DDR vom 2. April 1968 auf Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation vgl. Dok. 164.

⁴ Korrigiert aus: „besiegten Landes“.

IV. Von New York aus gesehen, deutet vieles darauf hin, daß uns in Kürze ein schwieriger Testfall bevorstehen wird, weil die Sowjetunion – spätestens nach Unterzeichnung des Atomsperrvertrages – eine massive Offensive zur Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz auslösen wird. Die Sowjets wollen uns dabei an unserem empfindlichsten Punkt, dem unserer Sicherheit, treffen. Unsere Bindung zu den USA soll gelockert werden, wobei eine Art sowjetisches Aufsichtsrecht in unseren Angelegenheiten mitangestrebt wird. Die deutsche Unterzeichnung des Atomsperrvertrags soll nach sowjetischer Vorstellung vorweg erfolgen und nicht mehr Thema der Konferenz sein, damit die Sowjetunion keine regionalen Gegenleistungen zu erbringen braucht. Der Atomsperrvertrag soll vielmehr Ausgangspunkt für weitergehende regionale, unseren Status vermindernende Regelungen nach Art des Rapacki-Plans⁵ sein.

Aus hiesiger Sicht können diese sowjetischen Bestrebungen nur abgefangen werden, wenn wir selber die Initiative zu einem, sich nicht auf die militärischen Aspekte der Sicherheit beschränkenden, sondern alle Ost-West-Probleme behandelnden Plan zur Schaffung einer „europäischen Zone der Entspannung“ unterbreiten. Zu diesem Zweck rege ich an:

- 1) Unsere Unterschrift unter den Sperrvertrag sollte noch nicht geleistet werden. Die NV-Regelung bedarf weiterer Konsultationen besonders mit den Amerikanern. Sie sollte in den Rahmen einer Sicherheitsregelung für Europa gestellt werden. Dabei müßten Fragen wie die NATO-Reform und die amerikanischen Vertragsinterpretationen und -garantien vorweg geklärt werden, was erst nach den amerikanischen Wahlen⁶ geschehen kann.
- 2) Unabhängig davon, ob die Vollversammlung die Unterzeichnung des Atomsperrvertrags empfiehlt oder nicht, sollten wir auf der für August/September 1968 geplanten Konferenz der Nichtnuklearen⁷ unsere Verbindung zu den anderen Nichtnuklearen ausbauen, um zu erwirken, daß in einem Prinzipienkatalog die Beziehungen zwischen Nuklearen und Nichtnuklearen im Sinne weitgehender Gleichheit geregelt werden.⁸ Die Konferenz bietet auch Gelegenheit, die Frage des Schutzes vor Druck, Drohung und Erpressung mit Kernwaffen in unserem Sinne zu behandeln. Falls zum Zeitpunkt der Konferenz der Sperrvertrag schon zur Unterzeichnung aufliegt, sollten wir anstreben, daß ein den Interessen der Nichtkernwaffenstaaten Rechnung tragendes Zusatzprotokoll zum Atomsperrvertrag von der Konferenz verabschiedet wird.

Ein Vorteil für uns ist auch, daß die SBZ laut VN-Beschluß an der Konferenz nicht teilnehmen kann.⁹

- 3) Als logische Ergänzung unserer bisherigen Deutschland- und Ostpolitik erwartet man von uns die baldige Vorlage eines Gesamtkonzeptes über europäi-

5 Zum Rapacki-Plan vgl. Dok. 73, Anm. 6.

6 Die Präsidentschaftswahlen in den USA fanden am 5. November 1968 statt.

7 Die Konferenz der Nichtnuklearstaaten fand vom 29. August bis 28. September 1968 in Genf statt.

8 Dazu handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Duckwitz: „Werden wir Mitglied dieser Konferenz sein?“

9 Mit Resolution Nr. 2346 vom 19. Dezember 1967 wurde der Teilnehmerkreis einer Konferenz der Nichtnuklearstaaten festgelegt: „The General Assembly [...] decides to invite to the Conference non-nuclear-weapon States Members of the United Nations and members of the specialized agencies and of the International Atomic Energy Agency“. Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XI, S. 257.

sche Entspannung mit dem Ziel der Stabilisierung Mitteleuropas. Wir sollten uns dabei nicht auf die uns teilweise belastenden militärischen Sicherheitsaspekte beschränken, sondern einen Gesamtplan für europäische Entspannung mit folgenden Elementen vorschlagen:

a) Politisch

Die Beziehungen zwischen den Partnern eines solchen Arrangements sollten sich ausschließlich nach Kapitel I der VN-Charta¹⁰ (Selbstbestimmungsrecht, souveräne Gleichheit der Nationen, friedliche Regelung von Streitigkeiten, Verzicht auf Gewaltandrohung, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten) richten. Zur Zeit ist Kapitel I auf uns nicht verwendbar. Die sowjetischen Bemühungen um Verewigung des Besiegtenrechts (Artikel 53 und 107 der VN-Charta) wären damit erledigt.

b) Militärisch

könnten wir die Schaffung einer kontrollierten raketenwaffenfreien Zone in Mitteleuropa anregen, was uns von der Bedrohung durch sowjetische Mittelstrekkenraketen entlasten könnte. Ferner wären gegenseitige Truppenreduktionen und der Beitritt aller Staaten der Entspannungszone zum Sperrvertrag vorzuschlagen.

c) Territorial

könnte die Tolerierung aller internationalen Grenzen und Demarkationslinien bis zum Friedensvertrag vorgesehen werden sowie eine Erklärung zum Münchener Abkommen.

d) Menschliche Kontakte

Reiseverkehrserleichterungen, Kultauraustausch, Schaffung eines europäischen Jugendwerks nach dem Muster des deutsch-französischen Jugendwerks.

e) Wirtschaftlich

Gründung einer europäischen Entwicklungsbank und einer Bank für europäischen Zahlungsausgleich, beide mit Ost-West-Beteiligung.

f) Gründung eines europäischen Schiedsgerichts zur Regelung von Streitigkeiten.

Selbst wenn, was anzunehmen ist, die Sowjets dieses Paket ablehnen sollten, so enthielte es trotzdem eine Reihe für die Osteuropäer attraktiver Vorschläge und wäre taktisch schwer angreifbar. Wir würden mit diesem Plan den sowjetischen Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz thematisch unterlaufen. In den Vereinten Nationen würde er positiv aufgenommen werden.

[gez.] Braun

VS-Bd. 4333 (II B 1)

¹⁰ Für den Wortlaut vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 583 f.

Gesandter Wickert, London, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12839/68 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 772

Aufgabe: 22. April 1968, 17.40 Uhr¹
Ankunft: 22. April 1968, 19.04 Uhr

Für Büro Staatssekretär

Betr.: Kolloquium am 2. und 3. Mai 1968²

Bezug: Drahterlaß Plurex 1331 vom 27.3., AZ: StS 574^I/68 VS-v³ und vom 10.4.68 Nr. 595, AZ: StS 662/68 VS-v⁴

In meinem Referat und Resümee habe ich mich auf die beiden Aspekte „Großbritannien und Europa“ sowie „Großbritannien und Deutschland“ beschränkt:

Text des Resümee:

1) Großbritannien und Europa

Die britische Außenpolitik befindet sich in einem noch nicht abgeschlossenen Prozeß der Neuorientierung. Das politische, wirtschaftliche und militärische Potential Großbritanniens reicht, wie sich erwiesen hat, nicht aus, die diesem Land noch verbliebenen Verantwortlichkeiten in der Welt zu tragen. Daher gibt die britische Regierung diese Verpflichtungen, soweit sie dem Mutterland keine Dividenden mehr eintragen, sondern es nur belasten, weitgehend auf. Großbritannien findet aber keinen befriedigenden Ersatz und Platz in Europa. Aus diesem Dilemma erklären sich manche Inkonsistenzen der britischen Politik, die geradliniger verlaufen würde, wenn England seine Politik und Wirtschaft ungehindert auf Europa ausrichten könnte.

Für sein erstes Beitrittsgesuch zum Gemeinsamen Markt⁵ waren wirtschaftliche Gründe maßgebend. Sie bestehen weiter; der Wunsch ist jedoch gewachsen, in Europa eine größere politische Rolle zu spielen und an einem engeren politischen Zusammenschluß Europas entscheidend mitzuwirken, der von der britischen Regierung nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen für notwendig gehalten wird, sondern auch, damit die europäischen Mächte im Verhältnis zu den beiden Weltmächten nicht noch weiter zurückfallen. Der Wunsch zur Zusammenarbeit in und mit Europa ist heute in allen Parteien, der Wirtschaft und der Öffentlichkeit außerordentlich stark. In der Jugend verbinden sich damit häufig euphorische Vorstellungen wie bei uns Anfang der fünfziger Jahre.

Großbritannien würde sich nicht damit zufrieden geben, wenn es Zutritt zu Europa erhält, dort die zweite Geige zu spielen, strebt jedoch auch keine Vormacht-

1 Hat Staatssekretär Duckwitz vorgelegen.

2 Zum außenpolitischen Kolloquium in Heimerzheim vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

3 Für den Drahterlaß des Staatssekretärs Duckwitz vgl. VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968. Für einen Auszug vgl. Dok. 137, Anm. 2.

4 Vortragender Legationsrat I. Klasse Noebel bat den Gesandten Wickert, London, in Vertretung des Botschafters Blankenhorn am Kolloquium am 2./3. Mai 1968 in Heimerzheim teilzunehmen und eine Zusammenfassung seines geplanten Referats zu übermitteln. Vgl. VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

5 Großbritannien beantragte erstmals am 10. August 1961 die Aufnahme in die EWG.

stellung an, die ihm Verantwortlichkeiten auferlegen würde, denen es nicht gewachsen wäre.

Die Aussichten für einen Beitritt zu den europäischen Gemeinschaften und die Resultate der gegenwärtigen EWG-Beratungen werden in England sehr skeptisch beurteilt. Wenn aber der Mißerfolg des zweiten Beitrittsgesuchs⁶ feststeht, befindet sich die britische Europa-Politik in einer Sackgasse. Welchen Kurs England dann einschlagen wird, läßt sich noch nicht erkennen. Es bestehen folgende Möglichkeiten:

- 1) weiterhin eine engere Zusammenarbeit zwischen den beitrittswilligen Staaten und den Vier – also ohne Deutschland und Frankreich – zu suchen, wenn sich Deutschland den französischen Standpunkt zu eigen macht;
- 2) die Europa-Politik auf Sparflamme zu setzen und den innenpolitischen und wirtschaftlichen Problemen absoluten Vorrang zu geben;
- 3) erneut den unmittelbaren Dialog mit de Gaulle zu suchen.

Keine dieser Möglichkeiten eröffnet jedoch Aussicht auf eine befriedigende Lösung der fundamentalen Probleme. Das North Atlantic Free Trade Area-Projekt oder ein institutionalisierter engerer Anschluß an Osteuropa, von dem auch gelegentlich gesprochen wurde, sind keine echten Alternativen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß auf längere Sicht das Gefühl der Frustration und erzwungenen Isolierung die zur Zeit noch starken nach Europa drängenden Kräfte in England schwächt und zu einem politischen Disengagement Großbritanniens von Europa und seinen Problemen führt. Diese Tendenz würde verstärkt werden, wenn sich der Zusammenhalt der Allianzen im Osten und Westen weiter lockert, das Fortbestehen der NATO als wirksamer Verteidigungsorganisation nach 1969 fraglich wird, das Gefühl der sowjetischen Bedrohung weiter abnimmt oder wenn ein substantieller Rückzug der Amerikaner aus Europa erfolgt.

Ein mit Europa nur schwach verbundenes England aber, das eine nur auf die nationalen Interessen abgestellte Politik trieb, ohne sich Europa und Deutschland gegenüber verpflichtet zu fühlen, wäre für uns ein ständiges Risiko (Berlin!) und würde das europäische Kräfteverhältnis labil machen. Es ist daher in unserem Interesse, eine Isolierung Großbritanniens von Europa zu verhindern.

2) Großbritannien und Deutschland

Die britische Regierung hat unsere Deutschlandpolitik stets unterstützt und sich dafür auch in Osteuropa eindeutig ausgesprochen (z. B. Brown in Moskau⁷ und Warschau⁸). Zur Oder-Neiße-Linie vertritt die britische Regierung unseren Standpunkt. In Privatgesprächen jedoch läßt kein Engländer Zweifel daran, daß Großbritannien eine Forderung nach Korrektur dieser Grenzlinie zu unseren Gunsten nicht unterstützen würde. Das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung wird nicht nur von der Regierung, sondern auch von der Öffentlichkeit anerkannt. Wie weit die Briten al-

⁶ Großbritannien stellte am 11. Mai 1967 erneut einen Antrag auf Aufnahme in die EWG.

⁷ Der britische Außenminister hielt sich vom 24. bis 26. Mai 1967 in der UdSSR auf.

⁸ Der Vorgänger des britischen Außenministers Brown, Stewart, besuchte Polen vom 17. bis 21. September 1965.

lerdings mit dem Herzen dabei sind, ist eine andere Frage; entscheidend ist jedoch, daß sie unser Interesse anerkennen und auch nach außen vertreten, obwohl sie sich darüber klar sind, daß die europäische Integration Gesamtdeutschlands Probleme aufwirft. Zweifel an der Politik, die ein wiedervereinigtes Deutschland führen würde, sind noch vorhanden und werden durch nationalistische Äußerungen (z. B. aus den Reihen der Vertriebenen) genährt, die hier stets starke Beachtung finden.

Noch vor zwei Jahren galt Deutschland als der Staat, der einer Ost-West-Entspannung im Wege steht. Die Ostpolitik seit der „Friedensnote“⁹ und besonders der von der Großen Koalition energischer verfolgte Kurs haben diesen Vorwurf verstummen lassen.

In der Europa-Politik wird uns der Vorwurf gemacht, Frankreich hörig zu sein und ganz allgemein unsere wirtschaftliche und politische Stärke nicht genügend zur Geltung zu bringen. Besonders enttäuscht zeigte man sich hier über den als ungenügend angesehenen Einsatz Bonns für den britischen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Die inneren Verhältnisse der Bundesrepublik werden in der britischen Öffentlichkeit mit Mißtrauen, Skepsis und oft mit heftiger Kritik betrachtet. Das hat nichts mit eingefleischter „Deutschlandfeindlichkeit“ zu tun. Künstlerische, wissenschaftliche oder technische Erfolge der Deutschen finden hier ebenso viel Anerkennung wie die anderer Länder. Der wirtschaftliche Aufbau der Bundesrepublik wurde bewundert. Mißtrauen und Kritik richten sich jedoch gegen alle Erscheinungen, die ein Wiedererstehen des Nationalsozialismus oder einer nationalistischen Politik befürchten lassen. In dieser Hinsicht ist die britische Presse und Öffentlichkeit überempfindlich und mißt uns mit strengeren Maßstäben als andere Länder (z. B. Italien).

Die Studentenunruhen haben das Bild von der Stabilität und Ausgeglichenheit der Gesellschaft in der Bundesrepublik wieder verdunkelt. Anfangs brachte die britische Presse den Studenten einige Sympathien entgegen. Ihre Methoden werden jedoch abgelehnt und in Parallele zu denen der Nazis gesetzt. Das Vorgehen schlagender Polizisten, das auf den Bildschirmen häufig gezeigt werden konnte, rief Erinnerungen an den nationalsozialistischen Polizeistaat wach.

Man hält es für ziemlich sicher, daß die deutschen Behörden mit den Studentenunruhen fertig werden, glaubt aber, daß die Ereignisse zu Gewinnen der NPD führen werden.

Der stetige, ohne ernste Krise verlaufende Aufbau der Bundesrepublik und das Entstehen einer verhältnismäßig spannungsfreien Gesellschaft hatte die Vorstellung von der Bundesrepublik als eines stabilen, soliden Staates und zuverlässigen Bündnispartners gestärkt und die Erinnerungen an die Weltkriege, die Greuel der Konzentrationslager und an den Nationalsozialismus allmählich etwas zurücktreten lassen. Jedenfalls war man bereit – und für die britische Jugend trifft das immer noch zu –, die heutige Generation der Deutschen nicht mehr einfach mit den Nationalsozialisten zu identifizieren. Ein Anwachsen der NPD aber oder gar der Einzug dieser Partei in den Bundestag würde

⁹ Für den Wortlaut der Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 („Friedensnote“) vgl. BULLETIN 1966, S. 329–331.

diese Verbindung mit den negativen Erscheinungen der deutschen Vergangenheit wieder herstellen. Die Reaktion der öffentlichen Meinung würde einhellig negativ sein und auch die Politik der britischen Regierung beeinflussen.

[gez.] Wickert

VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär)

139

**Botschafter Grewe, Brüssel (NATO),
an Vortragenden Legationsrat Noebel**

**Z B 6-1-12845/68 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 659**

**Aufgabe: 23. April 1968, 11.05 Uhr
Ankunft: 23. April 1968, 12.42 Uhr**

Für VLR Noebel

Auf Plurex 1331 vom 27.3.68 – AZ: StS 574¹

Im folgenden übermitte ich das angeforderte Resümee meines Referats am 2./3. Mai²:

I. Fortbestand der NATO über 1969 hinaus: wahrscheinlich, aber keineswegs gesichert.

Frankreichs Mitgliedschaft bleibt ungewiß.

Faktoren der Ungewißheit bestehen in bezug auf Skandinavien, Kanada, Griechenland, Türkei. Das englische Interesse hat eher zugenommen. Das amerikanische besteht fort.

II. Verteidigungssystem der NATO:

Es befindet sich in einem Zustand langsamer Erosion. Da ein sowjetischer Großangriff auf Westeuropa unwahrscheinlich geworden ist, braucht darin kein unmittelbares Sicherheitsrisiko zu liegen.

Wir nähern uns jedoch einem Punkte, bei dem zur Bewältigung einer politischen Krise der konventionell-militärische Rückhalt unzureichend wird und daher genau die Alternative unausweichlich wird, die die amerikanische Strategie der flexiblen Reaktion gerade vermeiden will: die Alternative „Kernwaffengebrauch oder politische Kapitulation“.

III. Politische Substanz (Bündniszweck und Bündnisgegner):

Hinsichtlich ihrer politischen Substanz befindet sich die Allianz seit längerer Zeit in einem Zustand der schleichenenden Krise:

¹ Für den Drahterlaß des Staatssekretärs Duckwitz vgl. VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968. Für einen Auszug vgl. Dok. 137, Anm. 2.

² Zum außenpolitischen Kolloquium in Heimerzheim vgl. Dok. 146 und Dok. 147.

Sie ist heute ein Bündnis, von dem sich nicht mehr eindeutig sagen läßt, gegen wen es sich eigentlich richtet und was seine eigentliche Aufgabe ist.

Daß es der Verteidigung gegen die Sowjetunion bzw. dem kommunistischen Ostblock dienen solle, wird von Frankreich nicht mehr akzeptiert. Die „défense tous azimuts“³ ist das militärische Konzept einer Politik der bewaffneten Neutralität. (Bezeichnend ist, daß die Franzosen sich weigern, die verstärkte sowjetische Flottenpräsenz im Mittelmeer als politische oder militärische Gefahr zu werten.)

Die amerikanische Regierung hat während einiger Jahre (wenn auch vergeblich) versucht, die Bündnispartner davon zu überzeugen, daß künftig China der eigentliche Gegner des Westens sei (was erst mit dem Ausbruch der Kulturrevolution aufgegeben wurde).

Die Amerikaner beurteilen die Entspannungschancen im Verhältnis zur Sowjetunion heute nüchterner, sind jedoch offensichtlich entschlossen, umso energetischer die begrenzte bilaterale Verständigung mit dieser voranzutreiben. Die amerikanische Regierung befürwortet und betreibt demgemäß den Abschluß eines Nichtverbreitungsvertrages, von dem niemand bezweifelt, daß er von der Sowjetunion als Instrument einer gegen den deutschen Bündnispartner gerichteten Politik angesehen und behandelt wird.

Die britische Regierung bemüht sich angestrengt, wenn auch wenig erfolgreich, den Amerikanern mit einer bilateralen Verständigung zuvorzukommen oder zum mindesten einbezogen zu werden. Sie hat schon vor Jahr und Tag einen bilateralen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion für vereinbar mit ihren Bündnisverpflichtungen gehalten (zum Abschluß kam es nur deshalb nicht, weil die Sowjets auf einem Text bestanden, der unzumutbare Propagandaformulierungen enthielt).⁴

Eine Reihe kleinerer Mitgliedstaaten, besonders die Skandinavier, aber auch die Benelux-Staaten und Kanada, befinden sich im Zustande einer Entspannungseuphorie, in dem die Sowjetunion nicht mehr als Bedrohung wahrgenommen wird.

IV. Reformversuche:

Ausdruck dieser politisch widersprüchlichen Tendenzen innerhalb einer Allianz, die sich über Bündniszweck und Bündnisgegner nicht mehr einig ist, war der Harmel-Bericht vom Dezember 1967⁵, mit dem versucht werden sollte, die künftigen Aufgaben der Allianz neu zu formulieren.

Grundgedanke des Berichts war der Versuch, dem Bündnis eine vorwiegend politische Aufgabe zuzuschreiben. Diese sollte auf dem Gebiete der Entspannungspolitik liegen.

3 Zum Artikel „Défense dirigée“ ou défense „tous azimuts“ des Chefs des französischen Generalstabs, Ailleret, vom Dezember 1967 vgl. Dok. 43, Anm. 8.

4 Zum britischen Vorschlag vom April 1967 für einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR vgl. Dok. 43, Anm. 6.

Zum sowjetischen Vertragsentwurf, der anlässlich des Besuchs des Premierministers Wilson vom 22. bis 24. Januar 1968 in Moskau übergeben wurde, vgl. Dok. 38, Anm. 6 und 7.

5 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Communiqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 beigelegt war, vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75-77.

Frankreich weigert sich jedoch, dem Bündnis eine solche Aufgabe und Funktion zuzuerkennen. Es hat dem Bericht erst zugestimmt, nachdem die Formulierungen soweit aufgeweicht waren, daß sie der französischen Politik jede Handlungsfreiheit belassen.

Die Belgier, die Initianten des Berichts, ([die ihn,] ohne dazu irgendein Mandat zu haben, formell allen Ostblock-Botschaftern in Brüssel übergaben) waren die ersten, die sich in bilateralen belgisch-polnischen Gesprächen⁶ über die durch den Bericht implizierten Konsultationsverpflichtungen hinwegsetzten.

Die Holländer begannen in Budapest und Belgrad über den Status der beiden deutschen Regierungen auf einer europäischen Sicherheitskonferenz zu sprechen.⁷

Der bisherige Verlauf der in Brüssel unternommenen Arbeiten, das Aktions-Programm des Harmel-Berichts in die Tat umzusetzen und zu gemeinsamen politischen Vorstellungen über Abrüstung, europäische Sicherheit, Deutschland, die Mittelmeerfrage zu gelangen, ist nicht besonders ermutigend. Für ein endgültiges Urteil ist es jedoch noch zu früh.

V. Die deutsche Position in der Allianz:

Was die politischen Aufgaben der Allianz anbelangt, so besteht weitgehende Einigkeit nur über die Konsultationspflichtigkeit der Ostpolitik der deutschen Bundesregierung. Diese findet Zustimmung, soweit sie als Abbau verhärteter Positionen der deutschen Politik verstanden werden kann. Soweit sie darüber hinaus das direkte Gespräch mit der Sowjetunion sucht, begegnet sie gespannter Wachsamkeit, um nicht zu sagen Mißtrauen.

Unsere Position in der Allianz ist in dem Maße schwächer geworden, in dem sich der Druck der Bedrohung aus dem Osten vermindert hat und der deutsche „Verteidigungsbeitrag“ nicht mehr so unentbehrlich erscheint wie anfangs der fünfziger Jahre. Sie wird jedoch in dem Maße respektiert, in dem sie von uns mit Festigkeit und Überzeugungskraft vertreten wird.

Dies gilt insbesondere auch für die Fragen der Deutschlandpolitik: Nach allen bisherigen Erfahrungen können wir auf die Unterstützung der Verbündeten so lange rechnen, als unsere eigene Politik verständlich, schlüssig und konsequent bleibt.

Innerdeutsche Entwicklungen (Rechts- und Linksradikalismus) sind geeignet, unsere Position zu verschlechtern. Sie müssen daher auch in bezug auf unsere Bündnispolitik ernst genommen werden.

⁶ Am 18. April 1968 berichtete Gesandter Oncken, Brüssel (NATO), daß der belgische Außenminister Harmel mit Schreiben vom 29. März 1968 dem polnischen Außenminister Vorschläge über eine ausgewogene beiderseitige Truppenreduzierung übermittelt habe. Rapacki habe daraufhin in einem Schreiben vom 4. April 1968 erklärt, daß er mit dem Gedanken eines Einfrierens sowohl der konventionellen wie der nuklearen Rüstung sowie der Durchführung internationaler Kontrollen zur Verifizierung eines Rüstungsstopps einverstanden sei. Dagegen habe Rapacki Bedenken gegenüber dem belgischen Vorschlag geäußert, die Rüstungsbegrenzung auch auf Territorialgewässer und Marinestreitkräfte auszudehnen. Ferner könne Polen nicht der Verminderung fremder Truppen zustimmen, solange der Vietnam-Krieg fortduere. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 650; VS-Bd. 2712 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1968.

⁷ Zu den Gesprächen des niederländischen Außenministers Luns in Budapest vom 12. bis 15. Februar 1968 und in Belgrad vom 12. bis 17. März 1968 vgl. Dok. 99, besonders Anm. 13 und 15.

Andernfalls werden sich die heute schon in mehreren Mitgliedsländern vernehmbaren Stimmen verstärken, die die politische Aufgabe der NATO in erster Linie in der Kontrolle des deutschen Partners sehen.

VI. Bilanz:

Insgesamt befindet sich die Allianz somit in einer Phase, in der

- sie ihrer Verteidigungsaufgabe nur noch in verminderem Maße genügt;
- eine konkrete und realisierbare Aufgabe auf dem Gebiet der Ost-West-Beziehungen sich nicht abzeichnet;
- dagegen die politische Kontrollfunktion gegenüber dem deutschen Partner stärker in den Vordergrund rückt.

Unberührt von diesen Entwicklungen bleiben als positiv zu wertende Funktionen der NATO bestehen:

- die Funktion des Rates als eines ständigen Kommunikationsorgans zwischen den 15 Regierungen;
- Vertrag und integrierte Militärstruktur als Grundlage und Voraussetzung der amerikanischen Truppenstationierung in Europa und als moralischer und politischer Schirm für die Existenz der Bundeswehr;
- die allgemeine Abschreckungswirkung, die den Frieden sichert und uns vor einem großen Kriege schützt.

VII. Schlußfolgerungen:

Die zuletzt aufgeführten Faktoren sind immer noch wichtig genug, um unser Interesse an der Aufrechterhaltung der NATO zu begründen.

Die Bundesrepublik wäre ohnehin kaum in der Lage, die NATO heute oder in naher Zukunft zu verlassen – es sei denn, daß andere Mitglieder vorangehen und ein deutlich sichtbarer Auflösungsprozeß eintritt.

Unsere Politik wird daher bemüht sein müssen, die Allianz zu erhalten und gegen weiteren Verfall zu schützen. Dabei muß es uns in erster Linie darauf ankommen,

- das Abschreckungspotential,
- die Vertragsgrundlage,
- die militärische Integration,
- den politischen Mechanismus des Rates,
- ausreichende politisch-militärische Mittel für die Bewältigung von Krisen aufrechtzuerhalten.

Politische Funktionen der Allianz sind in dem Maße wünschenswert, in dem sie Alleingänge der Bündnispartner verhüten und uns vor Isolierung schützen. Soweit sie diesen Effekt nicht erzielen, besteht kein Anlaß, sie besonders nachdrücklich zu fördern.

[gez.] Grewe

VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär)

140

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete**II B 3-81.00-2-306¹/68 VS-vertraulich****24. April 1968¹**

Betr.: NV-Vertrag;

hier: Belieferung von EURATOM mit spaltbarem Material

Bezug: Aufzeichnung der Abteilung II vom 11. März 1968

– II B 3-81.00-2-306/68 VS-v²**I. Sachverhalt**

- 1) Die belgische Regierung hat in einem Aide-mémoire vom 1. Dezember 1967 den Vereinigten Staaten und Großbritannien gegenüber ihre Befürchtungen wegen einer möglichen Beeinträchtigung der Belieferung von EURATOM mit spaltbarem Material durch den NV-Vertrag zum Ausdruck gebracht. Versorgungsschwierigkeiten seien möglich, wenn innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des NV-Vertrages kein Verifikationsabkommen zwischen EURATOM und der IAEO geschlossen sein werde. Der rechtzeitige Abschluß eines solchen Abkommens hänge aber nicht allein von EURATOM und EURATOM-Mitgliedstaaten, sondern gleichermaßen vom Verhalten anderer Staaten und nicht zuletzt von der IAEO selbst ab, die eine starre Haltung gegenüber EURATOM einnehmen könnte.
- 2) Die amerikanische Regierung hat das belgische Aide-mémoire vom 1.12. 1967 erst durch ein am 1. April 1968 übergebenes Aide-mémoire beantwortet.³ Darin wird das amerikanische Interesse an einer ungehinderten Versorgung von EURATOM mit spaltbarem Material erneut betont. Das amerikanische Aide-mémoire geht nicht auf die von der belgischen Regierung befürchteten Rechtsfolgen ein. Die Amerikaner bekunden lediglich erneut ihre feste Überzeugung, daß es EURATOM und der IAEO gelingen werde, fristgerecht ein befriedigendes Abkommen über Sicherungsmaßnahmen abzuschließen. Es wäre ihrer Meinung nach „unklug“, für den weitgehend theoretischen und im einzelnen noch

1 Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Ramisch konzipiert.

2 Ministerialdirektor Ruete notierte zur Belieferung von EURATOM mit spaltbarem Material: „Die Sicherung der langfristigen Versorgung der Bundesrepublik Deutschland als Mitglied von EURATOM mit spaltbarem Material (einschließlich der Fragen, die sich bei deutschen Reaktorexporten ergeben) war seit Frühjahr 1967 Gegenstand von Verhandlungen mit den Amerikanern. Wir stimmten damals amerikanischen Überlegungen zu, daß die Lieferverpflichtungen der Kernwaffenländer zweckmäßigerweise außerhalb des Vertrags – aber in Zusammenhang mit ihm – geregelt werden sollten, um keine Verpflichtung der USA, spaltbares Material an kommunistische Länder zu liefern, zu begründen. [...] Belgien hat Ende November 1967 in einem Aide-mémoire die Vereinigten Staaten auf die Bedeutung eines amerikanischen Ratifizierungsaufschubs bis zum Abschluß des Verifikationsabkommens EURATOM/IAEO hingewiesen.“ Vgl. VS-Bd. 10080 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopian 1968.

3 Am 4. April 1968 übermittelte Ministerialrat Boemcke, Brüssel (EG), den Wortlaut des amerikanischen Aide-mémoires vom 1. April 1968 und teilte dazu mit, daß nach Auskunft der amerikanischen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften vermieden werden solle, „Rechtsposition zu Verhältnis zwischen Lieferzusagen gegenüber EURATOM und US-Verpflichtungen aus NV-Vertrag nach seinem Inkrafttreten festzulegen. [...] USA würden weiterliefern, wenn sie überzeugt seien, daß Nichtatomwaffenmächte unter EURATOM-Staaten sich ernsthaft um Arrangement mit IAEO bemühen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 752; Referat I A 6, Bd. 171.

nicht vorhersehbaren Konfliktsfall jetzt schon eine rechtliche Lösung zu suchen. Die politische Antwort sei davon losgelöst worden.

3) Die britische Regierung hat das belgische Aide-mémoire am 10. Februar 1968 beantwortet.

Nach britischer Auffassung gestatte der Entwurf eines NV-Vertrages eine Belieferung von EURATOM mit spaltbarem Material auch nach Ablauf der Zweijahresfrist, wenn die Verhandlungen zwischen EURATOM und der IAEA „bona fide“ geführt würden. Für den Fall, daß ein Vertragsstaat das nicht fristgemäß Zustandekommen eines Sicherungsabkommens mit der IAEA nicht zu vertreten habe, stehe Artikel III, Absatz 2⁴ einer Weiterbelieferung mit spaltbarem Material nicht entgegen.

II. Bewertung

1) Weder von amerikanischer noch von britischer Seite wird die Möglichkeit eines Konflikts zwischen bestehenden Lieferverpflichtungen einerseits und dem Kontrollartikel des Entwurfs eines NV-Vertrags andererseits für den Fall des nicht fristgerechten Abschlusses eines Sicherungsabkommens zwischen EURATOM und der IAEA ausgeschlossen.

2) Die Beurteilung der politischen Lage hinsichtlich der Versorgung von EURATOM mit spaltbarem Material deckt sich mit unserer Auffassung, daß die Vereinigten Staaten an einer ungehinderten Versorgung von EURATOM mit spaltbarem Material aus politischen und wirtschaftlichen Gründen interessiert sind.

III. Folgerungen

1) Eine genauere Kenntnis der amerikanischen Rechtsauffassung ist für unser eigenes Verhalten von Bedeutung. Es sollte daher zunächst versucht werden, Näheres darüber zu erfahren.

2) Unabhängig davon sollten wir darauf hinwirken, daß bei den Hearings des amerikanischen Ratifikationsverfahrens Artikel III, Absatz 2 des NV-Vertragsentwurfs so interpretiert wird, daß er mit dem 4. Gemeinsamen Grundsatz der fünf nichtnuklearen EURATOM-Mitglieder⁵ in Einklang steht.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär⁶ mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

Ruete

VS-Bd. 4369 (II B 3)

⁴ Artikel III, Absatz 2 des amerikanisch-sowjetischen Entwurfs vom 18. Januar 1968 für ein Nichtverbreitungsabkommen: „Each State Party to the Treaty undertakes not to provide: a) source or special fissionable material, or b) equipment or material especially designed or prepared for the processing, use or production of special fissionable material, to any non-nuclear-weapon State for peaceful purposes, unless the source or special fissionable material shall be subject to the safeguards required by this Article.“ Vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1968, S. 3. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 83.

⁵ Der vierte von insgesamt fünf gemeinsamen Grundsätzen der nichtnuklearen EURATOM-Mitgliedstaaten vom 26./27. Oktober 1967 lautete: „4) Pending the conclusion of the agreement between EURATOM and IAEA, EURATOM member states concerned wish to stress that there should be no misunderstanding that the obligations with regard to EURATOM (or to its member states) entered into by any party to a NPT shall not be affected by provisions of article III dealing with supply.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1934 des Botschafters Schnippenkötter, z. Z. Brüssel, vom 27. Oktober 1967; VS-Bd. 2519 (I A 6); B 150, Aktenkopien 1967.

⁶ Hat Staatssekretär Lahr am 27. April 1968 vorgelegen.

141

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete

II A 1-85.50-0-644/68 geheim

27. April 1968¹

Betr.: Konsultationen in der Bonner Vierergruppe über alliierte und deutsche Gegenmaßnahmen gegenüber den Beschränkungen des innerdeutschen Personenverkehrs von und nach Berlin durch die DDR-Behörden²

Die Sondersitzung der Bonner Vierergruppe am 26. April 1968 um 16.30 Uhr, die unter dem Zeichen der Zurückweisung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin an der Zonengrenze stand³, brachte folgendes Ergebnis:

- 1) Die Alliierten bestehen auf der bekannten Unterscheidung zwischen alliiertem und deutschem Berlinverkehr.
- 2) Die amerikanischen und britischen Vertreter anerkannten ausdrücklich die Notwendigkeit einer alsbaldigen alliierten diplomatischen Intervention in Moskau.⁴
- 3) Die Vertreter der drei Verbündeten beharrten aber auf dem bereits von ihnen in den vorangegangenen Sitzungen⁵ eingenommenen Standpunkt, daß ihre diplomatische Intervention in Moskau nicht den gewünschten Erfolg haben werde, wenn auf deutscher und alliierter Seite die Entschlossenheit fehle, dem verbalen Protest gegen die Reisebeschränkungen effektive Maßnahmen folgen zu lassen, die dem Ostberliner Regime und der Sowjetunion zu verstehen gäben, daß wir ernsthaft zur Aufrechterhaltung des freien Zugangs entschlossen seien.
- 4) Die Alliierten betonten wiederum, daß sie nur step-by-step-Maßnahmen von seiten der Bundesregierung und der alliierten Regierungen in Betracht ziehen könnten.

1 Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Lücking konzipiert.

2 Zur Anordnung vom 10. März 1968 „zum Schutze der DDR und ihrer Bürger vor den Umtrieben der neonazistischen Kräfte der westdeutschen Bundesrepublik und der selbständigen politischen Einheit Westberlin“ vgl. Dok. 96, Anm. 5.

Zur Anordnung vom 13. April 1968 über das Durchreiseverbot durch die DDR für Minister und leitende Beamte aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 135, Anm. 31.

3 Am 26. April 1968 wurde der Regierende Bürgermeister von Berlin nach längerer Wartezeit am Kontrollpunkt Babelsberg an der Durchreise durch die DDR gehindert. Dazu erklärt Schütz am 28. April 1968 im Rundfunk: „Daß der Regierende Bürgermeister von Berlin nicht die Autobahn nach Helmstedt benutzen kann, ist ein unrechtmäßiger Willkürakt und schlicht ein Skandal. Wir alle wollen Frieden und Entspannung. Ostberlins Machträger aber spielen Kalten Krieg auf unseren Zugangswegen. Die Behörden der DDR sind und bleiben hier nicht zuständig. Zuständig sind die vier Mächte.“ Vgl. DzD V/2, S. 611.

4 Die amerikanische, die britische und die französische Botschaft in Bonn teilten am 28. April 1968 mit, daß gleichlautende Schreiben an den sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, gerichtet worden seien, in denen „die sowjetische Regierung dringend auf den ernsten Charakter der von den ostdeutschen Behörden ergriffenen Maßnahmen und auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht [werde], den freien Zugang nach Berlin gemäß den Viermächte-Vereinbarungen und -Verantwortungen wiederherzustellen“. Vgl. DzD V/2, S. 610.

5 Zu den Konsultationen der Bonner Vierergruppe vom 23. und 24. April 1968 vgl. die Aufzeichnungen des Ministerialdirektors Ruete vom 24. bzw. 25. April 1968; VS-Bd. 4286 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1968.

Sie bedauerten erneut die unter anderem von Bundesminister Wehner und dem Sprecher der Bundesregierung abgegebenen Erklärungen, daß die Bundesregierung zur Zeit keine Maßnahmen treffen werde, da die Aufrechterhaltung des freien Zugangs nach Berlin ausschließlich Sache der Alliierten sei.

5) Für die gegenwärtig von Ostberlin praktizierte Behinderung des innerdeutschen Personenverkehrs von und nach Berlin hat trotz intensiver Bemühung des Auswärtigen Amtes in den vergangenen Jahren keine konkrete Eventualfall-Planung erarbeitet werden können.⁶ Die Alliierten haben sich immer wieder – auf Weisung ihrer Regierungen – einer Festlegung im einzelnen bestimmter Maßnahmen entzogen. Die vorhandene Eventualfall-Planung bezieht sich in erster Linie auf die Behinderung des alliierten Berlinverkehrs und des Güterverkehrs. Insbesondere wegen der Tragweite und der damit verbundenen Eskalationswirkung können die in dieser Eventualfall-Planung vorgesehenen Maßnahmen bei der gegenwärtigen Behinderung des Personenverkehrs nicht angewandt werden.

6) Der amerikanische Vertreter übergab als Arbeitsgrundlage die anliegend in Übersetzung beigelegte Liste möglicher Gegenmaßnahmen in einem ersten Stadium.⁷ Der deutsche Vertreter wies darauf hin, daß einer Reisebeschränkung für Vertreter des SED-Regimes auf unserer Seite – abgesehen von den im Zusammenhang mit dem KP-Urteil des Bundesverfassungsgerichts⁸ gegebenen Möglichkeiten – das grundgesetzlich verankerte Prinzip der innerdeutschen Freizügigkeit⁹ entgegenstünde.

Die Alliierten antworteten, es liege ihnen fern, dies von ihrer Seite stets mit großem Nachdruck befürwortete Prinzip in Frage zu stellen. Die Bundesregierung könne aber von den drei Berliner Schutzmächten und ihren übrigen NATO-Verbündeten kaum konkrete Gegenmaßnahmen erwarten, wenn sie ihrerseits nicht bereit sei, Ostberlin durch eine entsprechende Handhabung des innerdeutschen Reiseverkehrs fühlen zu lassen, daß wir die Ostberliner Maßnahmen ernst nehmen.

Die Alliierten wollten auf uns keinerlei Druck ausüben, würden es aber begrüßen, wenn die Bundesregierung unverzüglich eine politische Grundsatzentscheidung herbeiführe, durch die für die in der Anlage skizzierten Maßnahmen eine Grundlage geschaffen werde.

Zumindest rein verwaltungsmäßige Verzögerungen im Bereich der Einreise und Durchreise von Vertretern des SED-Regimes könnten durch eine entsprechende Entscheidung des Kabinetts herbeigeführt werden, ohne daß Bestimmungen des Grundgesetzes in Frage gestellt würden.

7) Unverzüglich vom Auswärtigen Amt mit den zuständigen Ressorts aufgenommene Besprechungen haben ergeben, daß auf der Arbeitsebene der Referate und Abteilungen keine Änderung der gegenwärtigen Handhabung des inner-

6 Vgl. dazu AAPD 1966, II, Dok. 282.

7 Dem Vorgang beigelegt. Vgl. VS-Bd. 4397 (II A 1).

8 Zum Verbot der KPD am 17. August 1956 vgl. Dok. 75, Anm. 20.

9 Vgl. Artikel 11, Absatz 1 GG (Fassung vom 23. Mai 1949): „Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 2.

deutschen Personenverkehrs herbeigeführt werden kann. Eine Grundsatzentscheidung auf politischer Ebene ist nicht zu umgehen.

8) Unsere NATO-Vertretung in Brüssel hat mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer baldigen Befassung der Allianz mit der Behinderung des Berlinverkehrs hingewiesen. Auch die drei Berliner Schutzmächte betonen die Notwendigkeit einer Unterrichtung der NATO.

Nach den in der Vergangenheit bei ähnlichen Gelegenheiten gesammelten Erfahrungen müssen wir aber davon ausgehen, daß wir bei unseren NATO-Verbündeten nur dann Verständnis für den Ernst der Lage Berlins und für eine Bereitschaft zu einer Beteiligung an Maßnahmen erwarten können, wenn wir selbst vorangehen. Dies gilt insbesonders für eine Einschränkung der Reisen von Vertretern des SED-Regimes in die NATO-Staaten.

Die Kritik an dem bestehenden TTD-System, insbesonders in den kleineren NATO-Staaten wie Dänemark und Norwegen, läuft in ihrem Kern darauf hinaus, daß die Bundesregierung nicht die Verhängung von Einreisebeschränkungen gegenüber Vertretern des SED-Regimes in NATO-Staaten erwarten kann, wenn sie ihrerseits nicht zu entsprechenden Maßnahmen im innerdeutschen Bereich bereit ist. Der Hinweis auf den Ausnahmeharakter der innerdeutschen Beziehungen findet kein Gehör.

9) Ostberlin praktiziert Beschränkungen im Personenverkehr von und nach Berlin. Die adäquate Reaktion, durch die nicht sogleich die Gefahr einer Escalation heraufbeschworen wird, liegt darin, daß diese Reisebeschränkungen des SED-Regimes durch Reisebeschränkungen im innerdeutschen und alliierten Bereich für die Vertreter des SED-Regimes beantwortet werden.

10) Um die volle Unterstützung unserer Politik durch die drei Berliner Schutzmächte und die übrigen NATO-Partner zu gewinnen, erscheint es aus den aufgezeichneten Gründen unumgänglich, daß im Kabinett eine politische Grundsatzentscheidung über die aufgezeichneten Fragen herbeigeführt wird.

Hiermit über den Herrn Staatssekretär¹⁰ dem Herrn Minister¹¹ vorgelegt mit dem Vorschlag, den Herrn Bundeskanzler zu unterrichten.

Ruete

VS-Bd. 4397 (II A 1)

¹⁰ Hat Staatssekretär Duckwitz am 28. April 1968 vorgelegen.

¹¹ Hat Bundesminister Brandt am 28. April 1968 vorgelegen.

142

Botschafter Pauls, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1-12933/68 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 256

Aufgabe: 29. April 1968, 14.00 Uhr¹
Ankunft: 29. April 1968, 14.36 Uhr

Auf Nr. 122 vom 25. April VS-v; I B 4-83.00-1116/68 VS-v²

Heute früh habe ich Außenminister Eban aufgesucht und gemäß o.a. Weisung unterrichtet unter dem Hinzufügen, daß die wachsende Sorge um die Entwicklung der Nahostlage und das drohende Scheitern der Jarring-Mission³ meine Regierung veranlaßten, ihn über die Unterredung von König Hussein mit unserem Botschafter in Amman⁴ zu unterrichten. Wir teilten die Auffassung unseres Botschafters über die nach einem Scheitern der Versuche, zu einer politischen Lösung zu kommen, wahrscheinlich drohenden Gefahren. Eban dankte und erwiderte, daß die Unterrichtung das bestätigte, was er in den drei Wochen seit dem Gespräch über Husseins Auffassung gehört habe. Die Lage habe sich inzwischen weiterentwickelt, und es werde zu den Kontakten in New York kommen. Leider sei Nassers dreifaches Nein: „Keine Verhandlungen, keine Anerkennung, kein Friede“ unverändert geblieben. Außenminister Riad habe Jarring bei seinem letzten Besuch gesagt: „Wenn wir die Wahl haben zwischen irgendeiner verhandelten Lösung oder einem Warten von drei, vier, fünf oder sieben Jahren, so werden wir warten“. Israel sei nach wie vor bereit, mit jedem zu sprechen, wo immer es sei, und über alles zu verhandeln, bilateral, unilatera, mit oder ohne Patronage der UN. Die einzige Macht, die mit dem gegenwärtigen Zustand durchaus zufrieden sei, sei wohl die Sowjetunion, die weder Krieg noch Frieden wolle und Kairo in seiner intransigenten Haltung bestärke. Angesichts dieser Lage liege der Schlüssel zu weiterem friedlichen Fortschritt in Amman, nämlich in der Entscheidung oder Möglichkeit Husseins, sich von Kairo freizumachen und ohne Kairo zu einer Lösung mit Israel zu kommen. Hussein sei von der Sorge erfüllt, sich zu isolieren und dann nicht halten zu können. Daher komme es entscheidend darauf an, ihm für einen Entschluß, ohne Kairo zu handeln, den Rücken zu stärken. Dazu könnten die Westmächte beitragen einschließlich der Bundesrepublik, die über gute Beziehungen zu Jordanien verfüge, und die gemäßigten arabischen Mächte wie Marokko, Tunesi-

¹ Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Gehlhoff am 30. April 1968 vorgelegen.

² Staatssekretär Lahr übermittelte der Botschaft in Tel Aviv den Inhalt des Drahtberichts Nr. 78 des Botschafters Hille, Amman, vom 11. April 1968. Er führte dazu aus: „Wir beabsichtigen zunächst nicht, aufgrund der Ausführungen von König Hussein eine förmliche Demarche bei der israelischen Regierung zu unternehmen. Sie werden jedoch gebeten, Außenminister Abba Eban den Inhalt des Drahtberichts aus Amman mündlich zur Kenntnis zu bringen und ihn um seine Beurteilung zu bitten.“ Vgl. den am 24. April 1968 konzipierten Drahterlaß; VS-Bd. 2809 (I B 4); B 150, Aktenkopien 1968.

Für den Drahtbericht von Hille über sein Gespräch mit König Hussein am 10. April 1968 vgl. Dok. 126.

³ Zur Mission des UNO-Sonderbeauftragten für den Nahen Osten, Jarring, vgl. zuletzt Dok. 126, Anm. 3.

⁴ Hans-Joachim Hille.

en, Libyen, und die islamischen Mächte, auf die es hierbei auch sehr ankomme, wie Iran und Pakistan. Feisal von Saudi-Arabien spiele eine verhängnisvolle Rolle. Für ihn stehe nichts auf dem Spiel, aber um seines Gegensatzes zu Nasser willen kritisiere er dessen angeblich zu kompromißbereite Haltung, spiele den Super-Nationalisten und erschwere dadurch Husseins Lage noch zusätzlich.

Israel könne nicht, ohne mit seinen Nachbarn zu einem verhandelten Frieden zu gelangen, von den Sicherungslinien zurückweichen, in denen es jetzt stehe. Aber in dem Maße, wie es gelinge, den Frieden und verhandelte Sicherungen zu etablieren, sei es auch zu territorialen Konzessionen bereit: „Wenn wir nach Hebron zum Beten können und die anderen zum Handeln nach Haifa kommen, dann ist für uns nicht wichtig, zu wem die Westbank gehört. Wir wollen keine Million Araber unter unserer Jurisdiktion“.

Israel bereite sich jetzt auf Gespräche in New York vor. Er halte die Wahl von New York nicht für glücklich. Da alle Entscheidungen in dieser Frage auf israelischer Seite auf Kabinettsbene, bei den arabischen Staaten durch die Staatschefs getroffen würden, seien alle Kontakte Jarrings mit weisungsgebundenen Beauftragten von geringerem Wert als die vorhergehenden unmittelbaren Kontakte mit den Außenministern, so lange es sich nicht um eine regelrechte Konferenz handele. Außerdem stehe in New York das gemeinsame amerikanisch-russische Interesse am Non-Proliferations-Abkommen im Vordergrund und stelle alles andere in den Schatten.

Die UN-Delegierten der beteiligten Staaten könnten sich zwangsläufig nicht ausschließlich auf das Nahost-Problem konzentrieren, aber wenn Hussein sich von Nasser freimache und es in New York zu irgendeinem Fortschritt komme, dann bestehে die Möglichkeit, daraus etwas weiter zu entwickeln. Die israelische Regierung würde dies aufrichtig begrüßen. Jarring werde heute erneut in Amman sein. Es sei zu hoffen, daß sein Gespräch dort schon irgendeinen Fortschritt in dieser Richtung erkennen lasse. Die ägyptische Haltung habe Jarring als hoffnungslos bezeichnet.

Aus dem Gespräch hatte ich den Eindruck, daß Eban in israelisch-jordanischen Verhandlungen, zu denen Hussein sich auch gegen den Willen Nasses mit Unterstützung aller ihm freundlich gesonnenen Mächte bereit erklärt, z. Z. die einzige Möglichkeit sieht, einer politischen Lösung näherzukommen. Wenn dies scheitert, bin ich überzeugt, daß die israelische Regierung zunächst versuchen wird, ihr Gespräch mit den palästinensischen Vertretungen Cis-Jordanien zu aktivieren und von da aus einen Faden zu den Palästinensern Trans-Jordanien zu spinnen.

[gez.] Pauls

VS-Bd. 2809 (I B 4)

143

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Caspari

I B 5-82.00-92.23-1284/68 VS-vertraulich

30. April 1968¹

Betr.: Gespräch mit dem koreanischen Botschafter Kim am 29. April 1968

Botschafter Kim suchte mich am 29. April auf eigenen Wunsch auf und führte mit mir ein 1½stündiges Gespräch über den gegenwärtigen Stand der deutsch-koreanischen Beziehungen. Botschafter Kim erklärte, er habe keine Weisung, mit mir zu sprechen; er sei sehr besorgt über den Stand der deutsch-koreanischen Beziehungen und wolle mit mir die Möglichkeit erörtern, die gegenwärtigen Spannungen zu überwinden.² Es bestehe die Gefahr, daß eine Eskalation der Maßnahmen zu einer zunehmenden Abkühlung führe. (Obwohl Botschafter Kim nichts hierüber sagte, hatte ich den Eindruck, daß er bei einer weiteren Abkühlung seine Mission als gescheitert ansehen würde und möglicherweise persönliche Konsequenzen hieraus ziehen müßte.)

Das Gespräch drehte sich im besonderen um folgende Punkte:

- 1) Auf die Frage, was zur Erwärmung der Beziehungen getan werden könnte, verwies ich auf unsere beiden im April dieses Jahres in Seoul übergebenen Noten und sagte, darin werde von unserer Seite klar konstatiert, was zur Verbesserung der Beziehungen notwendig sei.³ Der Botschafter zeigte sich über den Inhalt der Noten informiert, wich jedoch einer Antwort, ob und wann mit ihrer Beantwortung zu rechnen sei, aus.
- 2) Ich erklärte, daß unsere öffentliche Meinung, besonders aber die Universitäten, durch die Urteile, die in der zweiten Instanz gefällt worden seien⁴, sehr

1 Hat Bundesminister Brandt vorgelegen.

2 Im Juni 1967 wurden 17 Koreaner vom südkoreanischen Geheimdienst zur Ausreise aus der Bundesrepublik gezwungen und im Dezember 1967 u. a. wegen Spionage zu zum Teil hohen Freiheitsstrafen, in einem Fall zum Tode verurteilt. Vgl. dazu Dok. 54, Anm. 2.

3 Am 6. April 1968 übergab Botschafter Ferring, Seoul, im südkoreanischen Außenministerium ein Aide-mémoire, in dem ausgeführt wurde, daß die Bundesregierung im Hinblick auf eine Bereinigung des durch die Aktion des Geheimdienstes belasteten deutsch-koreanischen Verhältnisses von folgenden Erwartungen ausgehe: „1) All Korean citizens summoned by the CIA from Germany to Korea in June 1967 should return to Germany sooner or later. 2) The three defendants whose sentences had been suspended by the District Court should be allowed to return to Germany immediately. [...] 4) It would be desirable if the remaining sentences could be reduced by the Court of Appeal.“ Vgl. Referat I B 5, Bd. 417.

Am 18. April 1968 wies Ministerialdirigent Truckenbrodt Ferring an, dem südkoreanischen Außenminister Choi Kyu Hah erneut eine Note zu übergeben. Darin gab die Bundesregierung der Hoffnung Ausdruck, „daß eine befriedigende politische Lösung der Angelegenheit erzielt“ werde. Allerdings sei das Urteil des Berufungsgerichts vom 13. April 1968 „entgegen den Erwartungen der Bundesregierung im Hinblick auf eine schrittweise Lösung des Konflikts nicht hilfreich“. Vielmehr hätten „die Bestätigung des Todesurteils im Falle des Angeklagten Chung Kyu Myung und das Todesurteil im Falle des Angeklagten Lim Sok Hoon“ die Lage „wesentlich erschwert“. Vgl. den Drahterlaß Nr. 81; VS-Bd. 5763 (V 1); B 150, Aktenkopien 1968.

Die Note wurde am 23. April 1968 übergeben. Für den englischsprachigen Wortlaut vgl. Referat I B 5, Bd. 417.

4 Das Berufungsgericht bestätigte am 13. April 1968 das Todesurteil gegen den an der Universität Frankfurt tätigen Physiker Chung Kyu Myung und verhängte die Todesstrafe gegen Lim Sok Hoon, Doktorand an der Technischen Universität Berlin, der in erster Instanz zu 10 Jahren Haft ver-

erregt sei. So sei uns von den Rektoren und den Studenten angekündigt worden, sie beabsichtigten, alle akademischen Beziehungen zu Korea abzubrechen, wenn nicht die nach Korea verbrachten Personen bis Ende des Sommersemesters nach Deutschland zurückgekehrt seien.⁵ Auch aus anderen Kreisen kämen sehr nachhaltige Forderungen. Die Bundesregierung habe leider den Eindruck, daß die koreanische Regierung nicht ihren mehrmals klar und deutlich geäußerten Wünschen hinsichtlich der Rückführung von entlassenen Gefangenen nach Deutschland und Strafmilderung entsprochen habe. Besonders gravierend habe die Bestätigung eines Todesurteils und die Verhängung eines zweiten Todesurteils in der zweiten Instanz gewirkt.

3) Botschafter Kim gab demgegenüber folgende Darstellung aus seiner Sicht: Die koreanische Regierung habe weitgehend den deutschen Wünschen entsprochen. Von den ursprünglich nach Korea verbrachten 16 Personen (eine von Österreich über Deutschland nach Korea verbrachte Person klammerte er aus) seien schon früher sechs nach Deutschland zurückgekehrt. Von zehn, die in erster Instanz verurteilt worden seien, seien drei entlassen; eine dieser Personen befindet sich z.Z. in Deutschland, zwei leben in Seoul auf freiem Fuß. Das Problem bildeten also die sieben Personen, die in zweiter Instanz verurteilt worden seien, d.h. eine relativ geringe Zahl. Hinsichtlich der zwei Personen, die zum Tode verurteilt worden seien, hätten wir die Zusicherung des koreanischen Präsidenten, daß die Todesstrafe nicht vollstreckt würde. Die Strafen von Yun I Sang und Choi Yeung Gil seien erheblich herabgesetzt worden; die Strafen der letzten drei Angeklagten seien die gleichen geblieben. Der Botschafter meinte, daß hiermit den deutschen Wünschen weitgehend Genüge getan worden sei.

In diesem Zusammenhang bemerkte Botschafter Kim, es sei ungewöhnlich, daß ein Staatsoberhaupt so weit ginge, wie Präsident Park dies getan habe. Präsident Park habe sich noch vor Abschluß des Gerichtsverfahrens einem anderen Staatsoberhaupt gegenüber verpflichtet, von seinem Gnadenrecht Gebrauch zu machen. Er, der Botschafter, habe sich persönlich seinem Außenministerium und dem Präsidenten gegenüber nachdrücklich dafür eingesetzt, daß der Präsident den mir bekannten Brief an den Herrn Bundespräsidenten schrieb⁶; es sei für ihn eine herbe Enttäuschung gewesen, daß die deutsche Regierung wenige Tage, nachdem er das Original des Briefes dem Herrn Bundespräsidenten übergeben habe, das große Projekt Yongnam II⁷ zunächst blok-

Fortsetzung Fußnote von Seite 515

urteilt worden war. Das Urteil gegen den Komponisten Yun I Sang wurde von lebenslänglicher auf 15 Jahre Haft herabgesetzt, die Strafe gegen den Gießener Studenten Choi Yeung Gil von 15 auf 10 Jahre Haft reduziert. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats I B 5 vom 29. April 1968; Referat I B 5, Bd. 417.

5 Vgl. dazu das Fernschreiben des Vorsitzenden der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Rüegg, und des Vorsitzenden des Verbandes Deutscher Studentenschaften, Ehmann, vom 18. April 1968 an Bundespräsident Lübke; Ministerbüro, Bd. 374.

6 Für das Schreiben des Präsidenten Park vom 21. März 1968 an Bundespräsident Lübke vgl. VS-Bd. 2823 (I B 5).

7 Das Projekt Yongnam II umfaßte den Bau eines zweiten Wärmekraftwerk-Blocks mit einer Leistung von 200 MW. Zur Finanzierung sollte ein Kapitalhilfeabkommen mit der Bundesregierung in Höhe von 70 Mio. DM abgeschlossen werden. Dazu notierte die Kreditanstalt für Wiederaufbau: „Während der 1. Block mit amerikanischer Hilfe erbaut werden soll, hat die Koreanische Regierung zur Mitfinanzierung des 2. Blocks deutsche Kapitalhilfe erbeten. Beide Einheiten sollen in

kiert habe. Nach dem großen Entgegenkommen, das die koreanische Regierung mit diesem Brief gezeigt habe, und das ihr erhebliche innenpolitische Schwierigkeiten bereiten könne, sei diese deutsche Reaktion für ihn schwer verständlich. Im übrigen sei ihm am 1. März dieses Jahres, an derselben Stelle, an der er jetzt sitze, von Herrn Böker die bevorstehende Unterzeichnung des Abkommens mitgeteilt worden.

Ich erwiderte, wir wüßten sehr wohl die Geste des koreanischen Präsidenten zu würdigen. Es seien jedoch andere Erwartungen der deutschen Seite nicht erfüllt worden; so seien wir in unserer Erwartung enttäuscht worden, daß zwei der auf freien Fuß gesetzten Koreaner nach Deutschland zurückkehren könnten; insbesondere aber seien die hohen Strafanträge der koreanischen Staatsanwaltschaft bei dem Prozeß in zweiter Instanz für uns überraschend gekommen, und wir könnten die Interpretation, daß die gefällten Urteile unseren Wünschen entgegenkämen, keineswegs teilen. Im übrigen lasse sich die uns erklärte Bereitschaft des Präsidenten, sein Gnadenrecht auszuüben, in der Öffentlichkeit nicht verwenden. (Ich erwähnte, daß wir möglicherweise den Fraktionsvorsitzenden⁸ hierüber eine vertrauliche Mitteilung machen müßten; Botschafter Kim war damit einverstanden.)

4) Botschafter Kim erklärte hierzu, die koreanischen Behörden hinderten die beiden Personen (beide namens Kim), deren Strafen zur Bewährung ausgesetzt seien, nicht an der Rückkehr nach Deutschland. Im Fall des Studenten Kim sei es dessen Vater, der sich seiner Rückkehr widersetze; im Falle des Bergarbeiters sei es dieser selbst, der nicht zurückkehren wolle, weil sein Arbeitsvertrag im Juni dieses Jahres auslaufe und nicht erneuert werde. Dagegen halte sich, wie wir wüßten, die Frau des Komponisten Yun I Sang in Berlin auf; dies sei ein Beweis dafür, daß die koreanischen Behörden mit uns zusammenarbeiten wollten. Ich sagte, bekanntlich hätten wir der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Strafen von einigen weiteren Angeklagten in zweiter Instanz so stark herabgesetzt werden könnten, daß sie auf Bewährung freigelassen werden und nach Deutschland reisen könnten. Dies sei aber leider nicht geschehen.

Hierzu deutete der Botschafter an, in diesen Fällen könne nichts geschehen, da Revision eingelegt worden sei. Eine Entlassung auf Bewährung sei ggf. erst nach Abschluß des Verfahrens möglich.

5) Das Berufungsverfahren vor dem Obersten Gerichtshof müsse bis zum 13. August (4 Monate nach Verkündigung des Urteils in zweiter Instanz) abgeschlossen sein. Auf meine Bemerkung, wir hätten gehört, das Verfahren solle bis Mitte Juni beendet sein, reagierte der Botschafter mit dem Hinweis auf den Endtermin des 13. August. Er führte im übrigen aus, dieses Gericht werde entweder das ergangene Urteil aufheben und den Fall an die Berufungsinstanz zurückverweisen oder die ergangenen Urteile aufrecht erhalten.⁹

Fortsetzung Fußnote von Seite 516

Yongnam bei Ulsan im Südosten des Landes erstellt werden.“ Vgl. den „Projektprüfungsbericht“ vom 17. Februar 1967, Referat III B 7, Bd. 366.

8 Rainer Barzel (CDU/CSU), Helmut Schmidt (SPD), Wolfgang Mischnick (FDP).

9 Der Oberste Gerichtshof hob am 30. Juli 1968 die Todesurteile gegen Chung Kyu Myung und Lim Sok Hoon auf und verwies die Verfahren an die Vorinstanz zurück. Vgl. dazu den Artikel „Todesurteil gegen entführte Südkoreaner aufgehoben“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 175 vom 31. Juli 1968, S. 5.

6) Der Botschafter fragte, ob wir uns bei Rückkehr der beiden Kims nach Deutschland in der Lage sehen würden, das Kapitalhilfeabkommen zu unterzeichnen. Hierauf antwortete ich, es gäbe aber weitere Punkte, die in unseren Noten und von mir persönlich ausgeführt worden seien, an deren Ausführung uns liege. (Eine direkte Antwort auf seine Frage vermied ich.)

7) Zu unserer Weigerung, das Kapitalhilfeabkommen Yongnam II zu unterschreiben, deutete der Botschafter seine Überraschung an, daß wir bereit seien, zu solchen Druckmitteln zu greifen. Ich erklärte hierzu, der Botschafter habe unsere Motive falsch verstanden. Wir hätten uns außerstande gesehen, nach den hohen Strafanträgen der koreanischen Staatsanwaltschaft, dem Nicht-Eingehen der koreanischen Regierung auf unsere Erwartungen und der scharfen Reaktion der deutschen Öffentlichkeit und des Parlaments¹⁰ hierauf, das Abkommen zu unterzeichnen.

Der Botschafter deutete an, daß das Kapitalhilfeabkommen mit Deutschland für das Projekt Yongnam II einen wichtigen Teil in dem gesamten Entwicklungsprogramm Koreas für die nächsten fünf Jahre bilde und daß Korea diese deutsche Beteiligung, die ja vom Bundespräsidenten und von Bundesminister Wischnewski zugesagt worden sei, wünsche, daß aber andererseits das Programm auch aus koreanischen Eigenmitteln und von anderer Seite durchgeführt werden könnte.¹¹

Das Gespräch endete mit einer fast beschwörenden Bitte des Botschafters, alles nur mögliche zur „Wiedererwärmung“ des deutsch-koreanischen Verhältnisses zu tun und eine Eskalation der negativen Maßnahmen zu verhindern.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär¹² vorgelegt mit dem Vorschlag der Vorlage bei dem Herrn Bundesminister vor dem Besuch Botschafter Kims am 6. Mai.¹³

Caspari

VS-Bd. 2823 (I B 5)

10 Am 29. März 1968 stellte der FDP-Abgeordnete Genscher im Bundestag die „dringliche mündliche Anfrage“, wie die Bundesregierung verhindern wolle, daß es zur Vollstreckung von Todesurteilen im Falle einer Verurteilung der aus der Bundesrepublik verbrachten Koreaner komme. Der Parlamentarische Staatssekretär Jahn antwortete darauf: „Dem Urteil des Gerichts sieht die Bundesregierung mit großem Interesse entgegen. [...] Gegebenenfalls würde die Bundesregierung sich veranlaßt sehen, ihre Entscheidung über die Freigabe der Entwicklungshilfevorhaben noch einmal zu überprüfen.“ Ein von der FDP-Fraktion am 4. April 1968 eingebrochener Entschließungsantrag, die Entwicklungshilfe für die Republik Korea zu sperren, wurde allerdings abgelehnt, nachdem Bundesminister Wischnewski versichert hatte, daß das Abkommen „über dieses aus einer Vielzahl von Gründen wichtige Projekt“ nicht unterzeichnet würde, bevor die Urteile gegen die entführten Koreaner in zweiter Instanz verkündet wären. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 66, S. 8539 f. und S. 8832.

11 Am 24. Mai 1968 notierte Staatssekretär Lahr für Bundesminister Brandt: „Nachdem wir in Seoul zu erkennen gegeben haben, daß wir gegenwärtig ein Projekt der Kapitalhilfe nicht in Angriff nehmen wollen, erwägt die koreanische Regierung, das Projekt Yongnam II auf kommerzielle Basis umzustellen. Damit stellt sich die Frage der Hermes-Garantie. Das Projekt wird damit für die Koreaner zwar teurer, jedoch legen sie offenbar auf die baldige Durchführung Wert. Ich meine, wir sollten hierauf eingehen. Ein Projekt der Kapitalhilfe ist ein partielles Geschenk; hierzu besteht gegenwärtig kein Anlaß. Einem normalen Ausfuhrgeschäft fehlt dieser Charakter; das gilt auch für die Hermes-Garantie. Hermes-Garantien werden nicht dem ausländischen Abnehmer zuliebe, sondern zur Förderung des deutschen Exports vergeben. Der deutsche Exporteur, die AEG, ist – wegen des Projekts an sich und wegen möglicher Folgeprojekte – lebhaft interessiert.“ Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 173.

12 Hat Staatssekretär Duckwitz am 2. Mai 1968 vorgelegen.

Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 921

Aufgabe: 30. April 1968, 17.45 Uhr

Ankunft: 30. April 1968, 19.57 Uhr

Betr.: Französische Vorstellungen zur weiteren Behandlung des sogenannten Arrangements mit Großbritannien u.a.¹

Bezug: Plurex Nr. 1686/23, AZ: I A 2-81.12-94.09²

I. Leiter der Wirtschaftsabteilung³ hatte aus anderem Anlaß Gelegenheit mit zuständigem Unterabteilungsleiter französischen Außenministeriums⁴ den im Betreff genannten Fragenkomplex in zwangloser Form zu erörtern. Da Äußerungen des Genannten im Hinblick auf Inhalt Bezugsplurex von Interesse sein dürften, werden sie nachstehend wie folgt zusammengefaßt:

1) Seit letzter Brüsseler Ratstagung⁵ sei man insoweit ein Stück weitergekommen, als britischer Außenminister Stewart auf WEU-Ministerratstagung am 25./26. 4. zweimal mit aller Klarheit unterstrichen habe, daß für Großbritanni-

Fortsetzung Fußnote von Seite 518

13 Dazu handschriftliche Bemerkung des Staatssekretärs Duckwitz: „Ja.“

Am 6. Mai 1968 stattete der südkoreanische Botschafter Bundesminister Brandt seinen Antrittsbesuch ab. Kim Young Choo betonte, daß die Zurückhaltung der Entwicklungshilfe durch die Bundesregierung „in Korea praktisch als Vergeltung“ verstanden würde. Darauf antwortete Brandt, „daß der Konflikt nicht durch die Bundesregierung verursacht wurde, daß die Bundesregierung an ihrer Forderung festhalte, daß den verbrachten Menschen die Möglichkeit zur Rückkehr eröffnet werde und daß die Maßnahmen der deutschen Hilfe, die durch die Entwicklung des Konfliktes im April (Strafantrag und Berufungsverhandlung) erheblich gestört wurde, wegen der daraus resultierenden Schwierigkeiten im Parlament wie in der deutschen Öffentlichkeit blockiert worden wären.“ Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Fischer vom selben Tag; Referat I B 5, Bd. 417.

Nachdem der Student Kim Chong Dae und der Bergmann Kim Jin Taek am 18. Juli 1968 in die Bundesrepublik zurückgekehrt waren, genehmigte der Interministerielle Ausfuhrgarantieausschuß am 26. Juli 1968 eine Hermes-Bürgschaft in Höhe von 70 Mio. DM „für das AEG-Geschäft Yongnam II“; die Kapitalhilfe blieb allerdings gesperrt. Fortgesetzt wurde aufgrund eines vertraulichen Notenwechsels vom 27. Juli auch „das zunächst angehaltene Projekt eines Milchvieh-Demonstrationszentrums in Korea (Technische Hilfe)“. Vgl. die Aufzeichnung des Referats I B 5 vom 13. Dezember 1968; Referat I B 5, Bd. 418.

1 Zu den Vorschlägen der Bundesregierung vom 9. März 1968 über eine handelspolitische und technologische Zusammenarbeit vgl. Dok. 90, Anm. 2.

2 Am 23. April 1968 bat Staatssekretär Lahr die Botschaften in Brüssel, Den Haag, London, Luxemburg und Rom, die Vorstellungen der Bundesregierung von einem Arrangement mit Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen den jeweiligen Regierungen vorzutragen. Zu einem handelspolitischen Arrangement sollte erklärt werden: „1) Es wird als Handelsabkommen zwischen EWG und Regierungen der vier Kandidaten abgeschlossen. Durchführung richtet sich nach Art. XXIV GATT. 2) Für erste Phase von drei Jahren wird vorgesehen: Zollsenkung zwischen Vertragsparteien in drei Etappen um durchschnittlich 10 %. Zweckmäßigkeit der Annäherung der Zölle der Kandidaten an gemeinsamen Zolltarif der Gemeinschaft ist zu prüfen. Möglichkeit beschränkter Ausnahmelisten. Vereinbarung von Ausweichklauseln.“ Zugleich übermittelte Lahr die Pläne zu einem Konsultationsverfahren, zum inneren Ausbau der EG und zur technologischen Zusammenarbeit. Vgl. Referat I A 2, Bd. 1471.

3 Guido Adt

4 Maurice Ulrich.

5 Zur EG-Ministerratstagung am 9. März 1968 in Brüssel vgl. Dok. 93.

en bis zum Beitritt zur Gemeinschaft nur Zwischenlösungen erwägenswert sein könnten, die in unauflöslicher (inextricable) Verbindung mit alsbaldigem Beitritt ständen.⁶ Dies deute darauf hin, daß britische Regierung letzten Endes an ihrer Politik des „Alles oder Nichts“ bis auf weiteres – zum mindesten nach außen hin – festhalten wolle. Demgegenüber sei entgegengesetzter Standpunkt Frankreichs (zunächst keine Beitrittsverhandlungen, auch noch keine Verpflichtung zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu einem fixierten Zeitpunkt) ebenso bekannt, wie unverändert. Ein Arrangement, das – über welche Etappen auch immer – eine Verpflichtung für EWG enthielte, Großbritannien und die anderen Beitrittswilligen zu einem bestimmten Zeitpunkt aufzunehmen, werde eben das Beitritts-Surrogat schaffen, von dem weder nach französischer noch – wie man glaube – nach deutscher Auffassung die Rede sein dürfe.

2) Unter solcher Betrachtungsweise müsse es Wunder nehmen, daß Großbritannien für evtl. Zwischenlösungen (Arrangement) immer noch Benelux-Vorschlägen⁷ den Vorzug gebe. Benelux-Vorschläge führen nicht zum Beitritt, sondern zur Kooperation auf Gebieten, die außerhalb Römischer Verträge lägen. Mithin stelle sich die Frage, wie Großbritannien seine Vorliebe für sogenannten Benelux-Plan mit jüngster Forderung nach unauflöslicher Verbindung zum Beitritt in Einklang bringen wolle.

3) Zu ähnlichen Zweifeln führe britischer Wunsch nach institutionalisiertem Konsultationsmechanismus. Von deutscher Seite vermisste man hier noch nähere Präzisierung des Verfahrens, das britischem Konsultationswunsch auf der einen Seite Genüge schaffen solle, andererseits aber verhindere, daß Fortschritt inneren Ausbaus der Gemeinschaft leide.

4) Auch in technischer Beziehung schienen deutsche Anregungen für Ausgestaltung Arrangements noch verdeutlichungsbedürftig. Auf französischer wie deutscher Seite sei man sich darüber einig, präferenziellen Zollabbau gegenüber den Beitrittskandidaten in Phasen stattfinden zu lassen. Deutsche Vorstellung über dreijährige Phase und französische über vier- bis fünfjährige lägen nicht so weit auseinander, daß Einigung nicht möglich schiene. Anders stehe es mit der Höhe der jährlichen bzw. phasenweisen Zollsenkungen. Während man im Quai d'Orsay bisher geglaubt habe, daß Unterschied zu Deutschland nur eins zu zwei betrage (5 Prozent Frankreich, 10 Prozent Deutschland) ließen neueste deutsche Interpretationen auf einen Unterschied von eins zu vier hinaus (2,5 Prozent Frankreich und 10 Prozent Deutschland); im zweiten Fall handele es sich wohl zumindest teilweise um Mißverständnisse, die vielleicht vor nächster Ministerratssitzung⁸ noch ausgeräumt werden könnten. Ab- oder

⁶ Der britische Außenminister Stewart wies auf der WEU-Ministerratstagung in Paris darauf hin, „daß die Ziele der britischen Europapolitik unverändert geblieben seien“. Er erklärte zudem, „daß Großbritannien Vorschläge der Sechs zu einer Interimslösung sehr sorgfältig und in positivem Geist prüfen werde, sofern diese Vorschläge die Zustimmung der sechs EWG-Mitgliedstaaten gefunden hätten und klar mit dem Ziel des britischen Beitritts verbunden“ seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 898 des Staatssekretärs Lahr, z. Z. Paris, vom 26. April 1968; Referat I A 1, Bd. 671. Lahr notierte dazu am 30. April 1968: „Die Ausführungen des britischen Außenministers ließen deutlich erkennen, daß dieser von der Politik des Alles oder Nichts und der damit verbundenen Zurückhaltung gegenüber Zwischenlösungen abgerückt ist.“ Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 181.

⁷ Zum Memorandum der Benelux-Staaten vom 19. Januar 1968 vgl. Dok. 22, Anm. 11.

⁸ Die nächste EG-Ministerratstagung, die sich mit Fragen der Erweiterung befaßte, fand am 30./31. Mai 1968 in Brüssel statt.

Hinzurechnung der Kennedy-Tarifsenkungen vermöchten diese Unterschiede nicht allein zu erklären.

5) Auch was Überlegungen zu technologischer Zusammenarbeit betreffe, hätten jüngste britische Positionsveränderungen (Rückzug aus der ELDO)⁹ in gewisser Weise sowohl Klarheit wie neue Lage geschaffen. Zwischen Frankreich und Deutschland bestehe Einvernehmen darüber, daß vorerst Maréchal-Bericht und dessen Prüfung abgewartet werden müßten.¹⁰ Wenn es anschließend zu Gesprächen oder gar Verhandlungen mit Nicht-EWG-Ländern kommen solle, so könnten sich diese Verhandlungen nach französischer Auffassung jeweils nur auf die Staaten erstrecken, die sich zur Durchführung konkreter Vorhaben zusammenfänden. Auf EWG-Seite würden daher die Sechs keineswegs immer geschlossen auftreten können, sondern von Fall zu Fall jene EWG-Länder, die mit dem einen oder anderen Nicht-EWG-Land (oder auch mehreren davon) zu bestimmten Zwecken zusammenarbeiten wollten. Kooperationsfälle von vornherein nur auf Projekte zu beschränken, die von den Sechs geschlossen gebilligt und in Angriff genommen würden, hieße den Kreis der Kooperationsmöglichkeiten unnötig einengen und möglicherweise die internationale technologische Kooperation behindern, statt fördern. EURATOM könne nur als warnendes Beispiel genannt werden.

II. Deutscher Gesprächspartner verhielt sich im wesentlichen rezeptiv. Er betonte jedoch abschließend, daß es nach deutscher Auffassung für das Zustandekommen nicht nur des von allen Sechs gewünschten Beitritts Großbritanniens als auch des von Frankreich und Deutschland vorgeschlagenen Arrangements vor allem darauf ankomme, von juristischen Diskussionen zu praktischen überzugehen; nur so könne man nach deutscher Meinung aus dem unerfreulichen gegenwärtigen Zustand wieder herausfinden.

Botschaft wird zu gegebener Zeit von neuem berichten.

[gez.] Klaiber

Referat I A 2, Bd. 1471

⁹ Zur weiteren Beteiligung Großbritanniens an der European Launcher Development Organisation erklärte der britische Minister für Technologie, Benn, am 23. April 1968 vor dem Unterhaus: „A further development programme of the ELDO launcher, beyond that to which we are committed, and which ends in 1971, cannot now be justified. The development and production costs of ELDO launchers would have been prohibitive; and the potential applications for them, both limited and speculative. We therefore decided not to undertake any additional financial commitments to ELDO.“ Vgl. HANSARD, Bd. 763, Sp. 40f.

¹⁰ Zur Verzögerung der Arbeiten in der „Gruppe Maréchal“ vgl. Dok. 135, Anm. 10.

145

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von Staden

IA 6-87 SAL 94.09-121^{II}/68 geheim2. Mai 1968¹

Betr.: Bau einer europäischen Isotopentrennanlage

Bezug: Zuschrift des Ministerbüros vom 24.4.1968 MB 337/68²

1) Auf seiner Sitzung am 8. Dezember 1967 hat der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften beschlossen, eine besondere Studiengruppe des Beratenden Ausschusses auf dem Gebiet der Kernforschung einzusetzen, die die Fragen der langfristigen Versorgung mit angereichertem Uran untersuchen soll.³

Im Zusammenhang mit der Versorgungsfrage gewinnt auch der Plan des Baues einer europäischen Isotopentrennanlage an Bedeutung, da die Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung mit angereichertem Uran eine unerlässliche Voraussetzung dafür ist, daß das Ziel der Kernenergiepolitik, Energie zu niedrigen und stabilen Preisen zu produzieren, erreicht wird.

2) Bei der Mehrzahl der in Europa betriebenen Kernreaktoren handelt es sich um Leichtwasserreaktoren. Sie werden nicht, wie die Schwerwasser- und Gas-Graphit-Reaktoren, mit Natururan, sondern mit angereichertem Uran als Brennstoff gespeist. Es ist anzunehmen, daß selbst 1980 noch 2/3 bis 3/4 aller in Europa betriebenen Kernkraftwerke auf dem Prinzip der Leichtwasserreaktoren beruhen werden. Eine ausreichende Versorgung mit angereichertem Uran bleibt somit noch auf viele Jahre hinaus lebensnotwendig für die europäische Kernindustrie.

Gegenwärtig wird der Bedarf an angereichertem Uran in der Masse durch Lieferungen aus den USA gedeckt. Demgegenüber fällt die Versorgung aus Großbritannien kaum ins Gewicht.

Der bisher auf 70 t hochangereicherten Urans begrenzte Lieferplafond der USA ist durch ein vom amerikanischen Präsidenten im Dezember 1967 unterschrie-

1 Durchschlag als Konzept.

Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Ungerer und von Legationsrat I. Klasse Marks konzipiert.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ritzel teilte mit, daß das Bundeskanzleramt mit Schreiben vom Vortag um eine Aufzeichnung über den Sachstand zum Bau eines Teilchenbeschleunigers durch das Europäische Kernforschungszentrum in Genf und zum Bau einer europäischen Isotopentrennanlage gebeten habe. Vgl. Referat IA 6, Bd. 167.

3 Der EG-Ministerrat beschloß die Einsetzung einer Studiengruppe, um „die Fragen der langfristigen Versorgung mit angereichertem Uran zu untersuchen. Auf der Grundlage dieser Untersuchung wird die Kommission dem Rat vor dem 1. Januar 1969 entsprechende Vorschläge unterbreiten.“ Am 5. Januar 1968 erläuterte Ministerialdirigent Frank dazu: „Mit diesem Beschuß hat sich der Ministerrat zum ersten Mal mit einem Projekt dieser Art näher befaßt. Der Vorschlag, die Errichtung einer europäischen Isotopentrennanlage prüfen zu lassen, geht auf den Herrn Bundesminister für wissenschaftliche Forschung Dr. Stoltenberg, die vorsichtige Formulierung dieses Teils des Ratsbeschlusses auf den französischen Wissenschaftsminister Schumann zurück, der dieses Projekt selbst nachdrücklich befürwortet. Das französische Interesse ist darauf zurückzuführen, daß die mit angereichertem Uran betriebenen Leichtwasserreaktoren sich gegenüber den bisherigen französischen Natururananlagen als wettbewerbsfähiger erwiesen haben.“ Vgl. VS-Bd. 2860 (IA 6); B 150, Aktenkopien 1968.

benes Gesetz auf 215 t aufgestockt worden. Damit ist der europäische Bedarf an angereichertem Uran bis um 1975 von amerikanischer Seite sichergestellt. Die Entwicklung nach 1975 ist hingegen ungewiß. Einmal ist im Auge zu behalten, daß der amerikanische Eigenbedarf zunimmt. Des weiteren muß immer mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die amerikanische Regierung, aus was für Gründen auch immer, ihre Versorgungspolitik gegenüber EURATOM eines Tages ändern könnte.

Abgesehen von den technischen Lieferungsbedingungen (Preise, Auflagen etc.), die uns den Amerikanern gegenüber nur wenig Spielraum lassen, taucht als weiterer Aspekt die Frage auf, ob nicht auch rein politische Gründe es ratsam erscheinen lassen, sich aus dem nahezu totalen Abhängigkeitsverhältnis zu den USA auf dem Gebiet der Versorgung mit angereichertem Uran durch den Bau einer europäischen Trennanlage für die 80er Jahre zu lösen.

3) Angereichertes Uran wird im Trennverfahren aus Natururan gewonnen. Dafür bieten sich zwei Techniken an:

- a) die Gasdiffusion des Urans,
- b) die Gaszentrifugierung des Urans.

Das Verfahren der Zentrifugierung in der sogenannten Gasultrazentrifuge bietet auf lange Sicht interessante Entwicklungsperspektiven. Gelingt eine zufriedenstellende Lösung der technischen Probleme, dürfte eine solche Anlage billiger und leichter zu erstellen sein als eine auf dem Prinzip der Diffusion basierende Anlage.

In einem solchen Fall könnte eine große Zahl von Ländern – selbst kleinere Länder – eine derartige Anlage bauen. Damit wäre eine neues Proliferationspotential auf dem Kernenergiegebiet geschaffen.

Die Gasultrazentrifuge kann nach dem gegenwärtigen Stand der Technik mit dem Gasdiffusionsverfahren noch nicht konkurrieren. Eine evtl. europäische Trennanlage müßte deshalb noch nach dem Prinzip der Gasdiffusion gebaut werden.

4) In der westlichen Welt gibt es gegenwärtig 5 Isotopentrennanlagen, die nach dem Gasdiffusionsverfahren arbeiten:

Drei Anlagen befinden sich in den USA: Oakridge, Paducah und Portsmouth. Bei einem jährlichen Verbrauch von 19700 t Natururan beläuft sich die Gesamtkapazität der drei Anlagen zur Zeit auf 21 Mio. Trenneinheiten. Sie könnten Kernkraftwerke mit einer installierten Leistung von etwa 140 000 MW versorgen. Zur Deckung des Gesamtbedarfs der 1980 in der westlichen Welt installierten Leistung (225 000 MW Leichtwasserreaktoren) würden sie nicht ausreichen. Werden die drei Kapazitäten nicht erweitert – womit allerdings zu rechnen ist –, so wird sich schon 1980 ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen dem Bedarf der westlichen Welt an angereichertem Uran und den zur Deckung dieses Bedarfs verfügbaren Kapazitäten einstellen.

Frankreich verfügt über eine Anlage in Pierrelatte.⁴ In ihr können jährlich 230–300 t hochangereicherten Urans produziert werden. Abgesehen davon, daß

⁴ Am 23. Januar 1968 informierte Ministerialdirigent Frank über die französische Anlage in Pierrelatte, daß bereits in den fünfziger Jahren Überlegungen hinsichtlich einer europäischen Zusam-

sie für militärische Zwecke arbeitet, ist ihre Kapazität viel zu gering, um für die Versorgung des zivilen Sektors in Europa von größerer Bedeutung zu sein. Anders steht es mit der 1953 in Dienst gestellten britischen Anlage in Capenhurst. Ursprünglich wurde sie ebenfalls vorrangig militärisch genutzt. Hingegen ist in der Zwischenzeit ihre Umstellung auf friedliche Verwendung beschlossen worden. Die gegenwärtige Produktionskapazität soll auf 300 t in 1970 und auf 1800 t in 1980 schwach angereicherten Urans gesteigert werden. Bereits im Januar 1967 hat Großbritannien bei Besprechungen zwischen dem Bundesminister für wissenschaftliche Forschung⁵ und dem britischen Minister für Technologie⁶ zu erkennen gegeben, daß Großbritannien bereit sei, langfristige Lieferverträge für angereichertes Uran mit Deutschland zu schließen. Im Verlauf weiterer Gespräche mit nachgeordneten britischen Stellen teilten diese mit, daß Großbritannien eine Kapazitätsausweitung erwäge und eine europäische Beteiligung finanzieller Art begrüßen würde. Für diesen Fall schlagen die Briten als Aufsichtsbehörde einen gemischten Überwachungsrat vor, der sich jedoch vornehmlich mit der finanziellen Abwicklung des Geschäftsbetriebes und nicht mit der eigentlichen Betriebsleitung abgeben soll. Insofern ist das britische Angebot, das im übrigen zur Zeit im BMWF noch geprüft wird, unbefriedigend.

5) Unter diesen Umständen ist nicht ausgeschlossen, daß die in nächster Zeit von EURATOM vorzunehmende Prüfung der Versorgungsfrage zu dem Ergebnis führen wird, daß der Bau einer eigenen Isotopentrennanlage nicht nur sinnvoll, sondern auch vordringlich sei.

EURATOM hat bereits 1967 eine erste allgemeine Untersuchung über den Bau einer solchen Anlage angestellt. Sie bedarf zwar noch der Präzisierung, läßt jedoch bereits jetzt die Größenordnung einer solchen Anlage, die Kostenproportionen und die damit auf die europäischen Regierungen ggf. zur Entscheidung zukommenden Probleme erkennen.

Die Studie geht davon aus, daß die europäische Nuklearleistung 1980 rd. 60 000 MW beträgt. Der Nettobedarf an angereichertem Uran würde sich von 1970 bis 1980 auf 267 t belaufen und der Bedarf an Natururan zur Herstellung des angereicherten Urans 90 800 t betragen. Von diesen Zahlen ausgehend, führt die Untersuchung zu dem Schluß, daß eine auch unter finanziellen Gesichtspunkten rentabel arbeitende europäische Trennanlage über eine Kapazität von 7,5 Mio. Trenneinheiten verfügen müßte. Für die Bauzeit von der Planung bis zur Inbetriebnahme wären 8–10 Jahre und für die reinen Investitionen

Fortsetzung Fußnote von Seite 523

menarbeit beim Bau einer Isotopentrennanlage angestellt worden seien, die wegen der ungewissen Aussichten für die Kernenergieentwicklung aber zu keinem konkreten Ergebnis geführt hätten: „Dies war auch der Grund dafür, daß ein 1957 von der französischen Regierung gemachter Vorschlag, zusammen mit Frankreich eine Isotopentrennanlage zu bauen, von der Bundesregierung nicht mit einer Zusage, sondern hingehend beantwortet wurde. Als weiterer Grund trat hinzu, daß den Überlegungen innerhalb der im Entstehen begriffenen Europäischen Atomgemeinschaft nicht vorgegriffen werden sollte. Die Franzosen bauten daraufhin die geplante Isotopentrennanlage allein. Sie wurde in Pierrelatte errichtet und arbeitet für militärische Zwecke. (Es ist heute müßig, darüber zu spekulieren, wie sich die nukleare Lage in Europa entwickelt hätte, wenn die Bundesrepublik damals auf das französische Angebot eingegangen wäre.)“ Vgl. VS-Bd. 4375 (II B 3); B 150, Aktenkopien 1968.

5 Gerhard Stoltenberg.

6 Anthony Wedgwood Benn.

onskosten 840–1000 Mio. \$ zu veranschlagen. Die Bundesrepublik müßte davon voraussichtlich einen Anteil von rd. 25% übernehmen.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär⁷ mit der Bitte um Vorlage bei dem Herrn Bundeskanzler vorgelegt.

i. V. Staden⁸

VS-Bd. 2860 (I A 6)

146

Außenpolitisches Kolloquium in Heimerzheim

2. Mai 1968¹

Kurzprotokoll des ersten Tages des außenpolitischen Kolloquiums in Heimerzheim, 2. Mai 1968.²

Der Herr *Bundeskanzler* wies eingangs darauf hin, daß das vermeintliche Ende des Kalten Krieges nicht nur die außenpolitische, sondern auch die innenpolitische Situation verändert habe. Die junge Generation sehe im Osten vielfach keine Gefahr mehr. Bei vielen spiele insgeheim die Vorstellung eine Rolle, man könne sich dem Osten angleichen. Eine der Grundfragen sei deshalb, ob die Gefahr aus dem Osten praktisch verschwunden sei.

BM *Brandt* stellt sechs Schwerpunkte der Außenpolitik heraus:
 Europa,
 Bündnis,
 Ost- und Entspannungspolitik,
 Verhältnis zum anderen Teil Deutschlands,
 Nichtverbreitungsabkommen,
 Politik gegenüber der Dritten Welt.

⁷ Rolf Lahr.

⁸ Unterschrift vom 8. Mai 1968.

¹ Ablichtung.

Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Boss, Bundeskanzleramt, am 10. Mai 1968 gefertigt.

² Das außenpolitische Kolloquium fand am 2./3. Mai 1968 auf der Wasserburg bei Heimerzheim statt. Es nahmen teil: Bundeskanzler Kiesinger; die Bundesminister Brandt, von Hassel, Heck, Strauß, Schiller, Schröder und Wehner; die Bundestagsabgeordneten Barzel, Schmidt (Hamburg) und Stücklen; die Staatssekretäre Duckwitz und Lahr sowie die Staatssekretäre Carstens, Bundeskanzleramt, Diehl, Presse- und Informationsamt, und Hein, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit; der Parlamentarische Staatssekretär Jahn; der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeskanzler, Freiherr von und zu Guttenberg; der Präsident des Bundesnachrichtendienstes, Wessel; die Botschafter Allardt, von Braun, Grewe, Herwarth von Bittenfeld, Klaiber, Knappstein, Krapf und von Walther sowie Gesandter Wickert; die Ministerialdirektoren Bahr, Harkort und Ruete; Ministerialdirektor Osterheld, Bundeskanzleramt; der stellvertretende Regierungssprecher Ahlers; Ministerialdirigent Frank; die Ministerialdirigenten Boss und Neusel, Bundeskanzleramt; Legationsrat I. Klasse Schmidt-Lademann.

Vgl. dazu ferner BAHR, Zu meiner Zeit, S. 213 f.; LAHR, Zeuge, S. 492 f.

Zur Europapolitik führt BM Brandt aus, wir seien in der Gefahr, keine Fortschritte zu erzielen, uns aber gleichwohl der Verdächtigung auszusetzen, wir hätten keine klare Linie. Er sprach sich für eine neue deutsche Initiative zur Festigung der Gemeinschaft aus, auch wenn in den Außenbeziehungen der Gemeinschaft kein Fortschritt erzielt werden sollte. Wir müßten hinsichtlich des Arrangements mit Großbritannien und den anderen Beitrittswilligen³, der technologischen Zusammenarbeit und des inneren Ausbaus der Gemeinschaften aktiv bleiben.

Eine Verbindung des Arrangements mit dem Beitritt sei nicht gut. Andererseits könne es schädliche Auswirkungen haben, wenn man Großbritannien allein lasse. Dann zeichne sich eine Dreiergruppierung ab, nämlich Großbritannien/Irland, nordische Staaten und EWG.

Zum Verhältnis zu Frankreich sei zu sagen, daß die Konsultationen zwar sehr nützlich seien, sich im wesentlichen aber dadurch kennzeichneten, daß wir den Franzosen erzählten, was wir vorhätten. Alles was mit der Ostpolitik zusammenhänge, ließe sich leicht behandeln, doch kämen wir bei der praktischen Politik mit den Amerikanern klarer und rascher zu Rande als mit den Franzosen.

Zur Bündnispolitik:

Alles spreche für das Weiterbestehen des Bündnisses, weil der grundsätzliche Konflikt zwischen Ost und West anhalte. Doch gebe es im Bündnis Schwierigkeiten, die durch den amerikanisch-sowjetischen Dialog entstünden, der sich aus dem gemeinsamen Interesse an der Abwendung der Gefahr großer Konflikte und auch der Sicherung gegenüber Rotchina erkläre. Die wirtschaftlichen Interessen zwischen den beiden Großen schienen demgegenüber nur eine kleine Rolle zu spielen. Für uns sei wichtig, daß wir die Frage der Truppenstationierung in Ordnung brächten.

Überlegungen zu einem europäischen Sicherheitssystem spielten im Bündnis eine zunehmende Rolle. Die Holländer⁴, die Belgier⁵ und auch die Dänen⁶ sei-

³ Zu den Vorschlägen der Bundesregierung vom 9. März 1968 für eine handelspolitische und technologische Zusammenarbeit der EG mit Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen vgl. Dok. 90, Anm. 2.

⁴ Zu den niederländischen Vorschlägen für die Durchführung einer Europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 99.

⁵ Am 15. Mai 1968 notierten Vortragender Legationsrat I. Klasse Lankes und Legationsrat I. Klasse Graf zu Rantzau, daß Belgien – unter Verwertung der „Ergebnisse der belgisch-polnischen Abrüstungsgespräche“ – Ende April „dem Politischen Ausschuß einen 2-Phasen-Vorschlag über ‚Maßnahmen abgestufter Begrenzung (Einfrieren) und ausgewogener Verminderung von Streitkräften in Europa‘“ vorgelegt habe: „In der ersten Stufe der Phase I ist das quantitative, in deren zweiter Stufe das qualitative Einfrieren möglichst allen militärischen Personals und aller Waffen und Geräte ausschließlich der strategischen Nuklearwaffen und der Kriegsmarine vorgesehen, mindestens aber der nuklearen Sprengköpfe, des Personals und einer Auswahl wesentlicher Waffen. [...] Der geographische Bereich, in dem diese Maßnahmen zu treffen wären, soll mindestens Deutschland und Böhmen, jedoch möglichst alle Nichtnuklearwaffen-Staaten Europas umfassen.“ In Phase II sollten dann „Ausgewogene Streitkräfteverminderungen und Begrenzung der Rest-Streitkräfte“ in dem für die erste Phase bezeichneten Bereich (oder Bereichen) bewirkt werden.“ Vgl. Referat II B 2, Bd. 798.

⁶ Am 19. April 1968 teilte Ministerialdirektor Ruete mit, daß Dänemark am 11. März 1968 eine Einladung der polnischen Regierung zu Gesprächen über die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone, den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen und die Durchführung einer Europäischen Sicherheitskonferenz erhalten und angenommen habe. Die Gespräche sollten am 13. Mai 1968

en in dieser Hinsicht aktiv. Diese von uns nicht besonders begrüßten Initiativen zeigten, daß die Entspannung in ihren Grundelementen ein unteilbarer Vorgang sei. Für uns sei es wichtig, daran festzuhalten, daß das Bündnis seine militärische Aufgabe erst gelöst haben wird, wenn die politische erfüllt ist, und daß der bilaterale Austausch mit den Ostblockländern zwar nützlich ist, daß aber die Bündnispartner vermeiden müßten, sich gegenseitig ausspielen zu lassen.

Wir hätten uns bisher hinsichtlich eines europäischen Sicherheitssystems zurückgehalten. Nunmehr aber seien die Vorarbeiten für die deutschen Vorstellungen so weit gediehen, daß sie im Herbst vorgelegt werden könnten.

Es sei nicht sinnvoll, sich auf eine europäische Sicherheitskonferenz einzustellen; sie würde sofort die DDR-Problematik aufwerfen. Doch müßten wir damit rechnen, daß sich das Interesse an einem solchen Unternehmen aktualisieren würde, wenn der Vietnamkonflikt rascher zu einer Lösung käme, als man heute annehme. Immerhin könne man damit rechnen, daß in diesem Jahr noch nichts geschehen werde, weil erst die neue amerikanische Administration in Aktion treten müsse.

Auf zwei Sonderprobleme innerhalb des Bündnisses sei hinzuweisen: Griechenland, das hauptsächlich wegen der Waffenlieferungen für uns ein innenpolitisches Problem darstelle. Wir seien hier in einer schwierigen Lage, weil wir auch nicht sagen könnten, es sei nur Taktik, wenn die griechische Regierung zu verstehen gäbe, daß sie ihren Standort auch außerhalb des NATO-Bündnisses wählen könne. Die Beziehungen zu Portugal erschwerten unsere afrikanische Politik, weil behauptet werde, wir gehörten zu Portugals Waffenlieferanten. Hier sei eine Trennung von Portugals NATO-Verpflichtungen und seinem Engagement in Afrika anzustreben.

Zur Ost-Politik:

In der Entspannungspolitik zeige sich die Sowjetunion derzeit unbeweglich. Sie habe seit der Warschauer Konferenz⁷ ihr Angebot der Auflösung der Blöcke⁸ nicht mehr wiederholt. Man könne unterstellen, daß die Sowjetunion durch innere Probleme (Auseinandersetzung mit den Intellektuellen) und, abgesehen von dem Konflikt mit Rotchina, auch durch die Innerblockentwicklung (Beispiel Novotny), an der auch wir beteiligt seien, in Atem gehalten werde. Im übrigen beschäftige sie mehr, als man annehme, die Frage des kommunistischen Weltkongresses.⁹

Fortsetzung Fußnote von Seite 526

beginnen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 1715 an die Botschaft in Kopenhagen; VS-Bd. 4350 (II B 1); B 150, Aktenkopien 1968.

7 Die Außenminister der Staaten des Warschauer Pakts trafen vom 8. bis 10. Februar 1967 zusammen.

8 Die UdSSR erklärte in der Note vom 17. Mai 1966 an die Bundesregierung die Bereitschaft zu Gesprächen über Fragen der europäischen Sicherheit, u. a. die Auflösung der Militärblöcke einschließlich der NATO und des Warschauer Pakts, „deren Streitkräfte auf deutschem Boden unmittelbar miteinander Berührung haben“. Der Vorschlag wurde in die sieben Punkte umfassende „Deklaration über die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa“ (Bukarester Deklaration) des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 6. Juli 1966 bekräftigt. Vgl. DzD IV/12, S. 731, sowie EUROPA-ARCHIV 1966, D 421 f.

9 Zur Einberufung einer kommunistischen Weltkonferenz nach Moskau vgl. Dok. 38, Anm. 4.

Was die deutsch-sowjetischen Beziehungen betreffe, so müsse sich zeigen, ob die Gespräche über den Gewaltverzicht zu einer neuen Entwicklung führen oder eine Episode blieben. Daraus stelle sich die Frage, zu welchem Zeitpunkt wir eine qualifizierte Wiederholung des Gewaltverzichtsangebots vornehmen sollten. Unser Interesse müsse sein, daß wir auf möglichst breiter Basis über Sachfragen mit der Sowjetunion sprechen, wenn wir in den großen politischen Fragen nicht weiterkommen.

Es sehe nicht so aus, als ob Rumänien und Jugoslawien an dem Austausch von Gewaltverzichtserklärungen interessiert wären. Um in der Gewaltverzichtsfrage gegenüber Osteuropa weiterzukommen, könnten wir an drei Dinge denken:

- Andeutungen machen, daß wir die Grenzfragen faktisch als erledigt betrachten, ohne die Ansprüche aufzugeben.
- Verbindliche Abmachungen mit der DDR ohne völkerrechtliche Anerkennung.
- Mobilisierung des osteuropäischen Interesses gegen das Veto der DDR für die Normalisierung der Beziehungen zu uns.

Zur Lage in Polen ließe sich sagen, daß dort Erschütterungen und Nichtstabilität festzustellen sei; wir sollten die Kontakte vorsichtig pflegen.

In der Tschechoslowakei sei ein gewisser Rückschlag möglich. Jedenfalls müßten wir damit rechnen, daß die neue Regierung außenpolitisch sehr zurückhaltend verfahre. Sollte sie am Ruder bleiben, könnte man mit ihr über München sprechen. Hinsichtlich wirtschaftlicher Hilfe sollten wir von uns aus nicht initiativ werden.

Gegenüber Ungarn sei eine positive Entwicklung nicht zu erwarten, wenn wir nicht mit der Tschechoslowakei weiterkämen. Bulgarien lehne sich völlig an die UdSSR an. Die Beziehungen mit Rumänien ließen gut. Hinsichtlich Jugoslawiens sei festzustellen, daß keine Einbrüche in die Deutschlandpolitik erfolgt seien. Doch müsse sich die Bundesregierung darauf einstellen, daß sie mit dem Thema Reparationen und Wiedergutmachung nicht ganz so einfach davonkommen werde. Es sei die Frage, ob es nicht billiger und günstiger sei, daß wir etwas von uns aus vorschlagen.

Der Handel mit Rotchina bedürfe nicht der Formalisierung. Es sei auch nicht gut, sich gleichzeitig mit zwei Weltmächten anzulegen. Eine mögliche neue Situation könne sich aus einer Lösung des Vietnam-Konflikts ergeben, weil dann wahrscheinlich die Vereinigten Staaten selbst sich um eine Aufnahme der Rotchinesen in die Vereinten Nationen bemühen würden. Um nicht ins Hintertreffen zu geraten, sollten wir den Chinesen gelegentlich ein Zeichen geben.

Zum Deutschland-Problem:

Zum anderen Teil Deutschlands sei zu sagen, daß die Abwehr der Angriffe der SBZ immer schwerer werde. Wir hätten bisher die Aufnahme der SBZ in internationale Regierungsorganisationen mit dem Argument abgelehnt, daß die SBZ kein Staat sei. Die Frage sei, ob wir nicht eine andere Begründung geben könnten, da wir wohl nur noch für begrenzte Zeit die volle Quarantäne auf-

rechtfürhalten vermöchten. Diese Frage stelle sich schon für den Antrag der SBZ¹⁰, über den die Weltgesundheitsorganisation¹¹ am 6. Mai zu befinden habe. Man könne erwägen, ob wir nicht bewußt eine Einrichtung wie die WHO ausklammern könnten und dafür den Beitritt der SBZ mit Bedingungen für die Freiheit des Berlin-Zugangs und der Teilnahme von Ärzten aus der SBZ an Fachkongressen in der Bundesrepublik verknüpfen sollten.

Zum NV-Vertrag:

Sollte der Nichtverbreitungsvertrag zur Unterschrift aufgelegt werden, so rate er, Brandt, sich danach zu richten, wie sich der größere Teil der zivilen Atommächte verhält. Sollte der größere Teil unterschreiben, so könnten wir uns nicht fernhalten. Wir könnten und müßten aber sehr klar unterscheiden zwischen Unterschrift und Ratifizierung. Dazu sei zu bemerken, daß die Ratifizierung kein Vorgang mehr für den derzeitigen Bundestag sei.

Selbstverständlich sollten wir uns bemühen, noch offene Fragen weiter zu klären, z. B. sei die Frage der Lieferung spaltbaren Materials noch nicht klar genug beantwortet.

Zur Politik gegenüber der Dritten Welt:

In der Dritten Welt zeichne sich anstelle der globalen Zusammenarbeit immer mehr die Tendenz zu regionalen Abmachungen ab. Ganz allgemein sollten wir unsere Politik in den Ländern der Dritten Welt weniger als eine Funktion unserer Deutschlandpolitik betrachten, unsere Partner aus ihrem eigenen Interesse aber einbeziehen in den Prozeß der europäischen Friedenssicherung.

Unsere Handelsinteressen sollten wir unabhängig verfolgen, auch wenn es um Südafrika geht. Die Frage von Waffenlieferungen werde wohl eine Sorge für den Rest der Legislaturperiode bleiben. Es bestehe eine weitverbreitete Neigung, wir sollten überhaupt nichts mit Waffengeschäften zu tun haben. Mit einer solchen Haltung würde man sich aber außen- und außenwirtschaftspolitisch mancher Möglichkeiten begeben.

Im Nahost-Konflikt spricht wegen der Unbeweglichkeit der amerikanischen Administration vor den Wahlen alles dafür, daß es in diesem Jahre zu keiner Lösung kommt. Daraus ergibt sich ein Risiko, daß die kriegerischen Auseinandersetzungen wieder aufflammen.

Bevor der Herr *Bundeskanzler* den anwesenden Botschaftern das Wort erteilt, bittet er sie, ihren Ausführungen jeweils auch eine kurze Darstellung der Interessenlage des Gastlandes voranzustellen. Er bemerkt sodann, daß die deutsche Außenpolitik seit Bismarck immer in der Gefahr gestanden habe, daß wir mit unseren eigenen Interessen in der Welt allein bleiben.

Anschließend ergreift Staatssekretär *Lahr* das Wort (siehe Kurzfassung seiner Ausführungen).¹²

¹⁰ Zum Antrag der DDR vom 6. April 1968 auf Mitgliedschaft in der Weltgesundheitsorganisation vgl. Dok. 164.

¹¹ Korrigiert aus: „Welthandelsorganisation“.

¹² Dazu notierte Staatssekretär Lahr im Rückblick: „In einem einleitenden Referat hatte ich von den Unterschieden deutscher und französischer Auffassungen gesprochen und dabei – vielleicht überspitzt – bemerkt, im Gegensatz zu uns habe de Gaulle, genaugenommen, keine Europa-Politik. Hier unterbrach mich der Bundeskanzler: „Keine? Nein — nur eine andere als wir!“ Vgl. LAHR, Zeuge, S. 492.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkt hierzu, daß die de Gaulle'sche Politik auch anders interpretiert werden könne. Sie habe nicht nur ein nationales, sondern auch ein europäisches Konzept.

Anschließend sprechen

Botschafter *Klaiber* (siehe Zusammenfassung)¹³,

Botschafter *Knappstein* (siehe Zusammenfassung)¹⁴,

Botschafter *von Walther*:

Botschafter von Walther schickt voraus, daß er seine Ausführungen unter den Gesichtspunkt der sowjetischen Deutschlandpolitik stelle. Drei Gruppen innerhalb des Ostblocks seien zu unterscheiden: SU und SBZ, deren Interessen gegenüber der BRD kongruent seien; Polen und die Tschechoslowakei, die der SU als Damm dienten, und die Donaustaaten, die die Deutschlandpolitik als Angelegenheit der SU betrachteten.

Moskau müsse den Weg des Kompromisses gegenüber seinen östlichen Verbündeten beschreiten; der Anspruch auf die Führungsrolle in der kommunistischen Bewegung hindere es daran, sein Übergewicht mit Rigorosität durchzusetzen. Daraus ergäbe sich eine gewisse Dualität der sowjetischen Politik. Das Ulbricht-Regime sei in sowjetischer Sicht dahin zu charakterisieren, daß es unbeliebt sei und den einzigen nicht saturierten Partner des Warschauer Pakts darstelle. Ulbricht sei von der Spaltung abhängig und könne nur bei einer Wiedervereinigung unter kommunistischen Vorzeichen überleben. Dies sei auch der Grund, warum die von der SBZ gewünschte Deutschlandpolitik nicht auf große Gegenliebe bei den Donaustaaten stoße, deren Interesse darin liege, daß eine Situation entstehe, bei der sie ihre Beziehungen zur Bundesrepublik gestalten können, wie sie wollen.

Eine Anerkennung der SBZ durch uns sei weder für Ulbricht noch für Moskau wünschenswert, da es dann für ihn schwerer zu regieren sei. Dies alles erkläre, daß Ulbricht am entschiedensten auf die Geschlossenheit des Bündnisses dränge.

Der rumänische Einzelgang habe denn auch sofort den Widerstand Moskaus und Pankows hervorgerufen.

13 Dem Vorgang nicht beigefügt.

14 Am 23. April 1968 übermittelte Botschafter Knappstein, Washington, eine Zusammenfassung seines Referats für das außenpolitische Kolloquium. Danach führte er u.a. aus, daß die Bundesrepublik für die USA unter den vergleichbaren europäischen Staaten einen hervorragenden Platz einnehme und als solider und zuverlässiger Partner gelte. Die Ostpolitik der Bundesregierung finde „die uneingeschränkte Bejahung und Unterstützung der Vereinigten Staaten. Voraussetzung dieser Bejahung sind jedoch erstens ständige Konsultationen, zweitens keine Gespräche über den Status von Berlin und drittens keine selbständigen Gespräche über europäische Sicherheitsfragen, bei denen sich die Amerikaner eine Mitsprache vorbehalten möchten.“ Die Vorstellung, daß die amerikanische Politik eine Verständigung mit der UdSSR zu Lasten der Bundesrepublik oder der NATO verfolge, sei nicht realistisch: „Erstens ist der deutsche Verbündete für die amerikanische Position in Europa zu wichtig, als daß man ihn verprellen könnte, und zweitens können es sich die Vereinigten Staaten nicht leisten, sich aus Europa zurückzuziehen, weil sie damit ihre Rolle als Führungsmacht des Westens verloren und das ungeheure Industriepotential Europas dem Gegner überließen.“ Um eines Tages den Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa zu ermöglichen, versuchten die USA, zwei Voraussetzungen zu schaffen: eine europäische Friedensordnung auf der Basis von Selbstbestimmung und Entspannung und die wirtschaftliche und politische Einigung Europas. Vgl. den Drahtbericht Nr. 780; VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

Im sowjetischen Denken spielt die Bundesrepublik nur eine geringe Rolle. Moskau denke im wesentlichen in dem Kräftefeld Washington/Peking/Moskau. So sei auch der NV-Vertrag für die Russen von geringem politischem Wert. Wenn aber die Führung der SU sagen könne, es sei ihr gelungen, in Zusammenarbeit mit den USA die Bundesrepublik auszuschalten, so würde dies für sie einen Öffentlichkeitserfolg mindestens im kommunistischen Raum bedeuten.

Das Streben nach der europäischen Sicherheitskonferenz stehe unter dem Leninschen Motto „Wer Deutschland beherrscht, beherrscht auch Europa, d.h. wer Deutschland neutralisiert, neutralisiert auch Europa“.

Andererseits werde die SU den Verlust Mitteldeutschlands mit allen Mitteln verhindern. Für Ulbricht ist der Gegensatz Moskaus zu Bonn auch ein taktisches Mittel gegenüber Moskau, um den Graben zur BRD zu vergrößern.

Der Schlüssel zur Deutschlandpolitik liege in Moskau. Es habe sich deshalb ungünstig ausgewirkt, daß wir unser Gewaltverzichtsangebot aufgefächert und damit die Führungsrolle der SU in Osteuropa nicht bestätigt haben. In unserer Osteuropapolitik sollten wir über eine gewisse Schwelle, hinter [der] sich die SU provoziert sehe, nicht hinausgehen.

An eine Änderung der sowjetischen Politik sei auf absehbare Zeit nicht zu denken. Wir müßten weiterhin eine Politik der Ernüchterung und der Bereitschaft zur Verbesserung der Beziehungen treiben. Rasche Erfolge seien nicht zu erwarten.

Botschafter von *Herwarth* (siehe Zusammenfassung)¹⁵,

Gesandter *Wickert* (siehe Zusammenfassung)¹⁶,

Botschafter *Greve* (siehe Zusammenfassung)¹⁷,

Botschafter *Krapf* (siehe Zusammenfassung)¹⁸,

Botschafter von *Braun* (siehe Zusammenfassung)¹⁹.

BM *Wehner* stellt fest, daß die deutschen Bewegungsmöglichkeiten sehr begrenzt sind. Diese Tatsache sei auf die sowjetische Führungsrolle im Osten zurückzuführen. Dennoch müßten wir uns ständig intensiv bemühen, nach neuen Möglichkeiten Ausschau zu halten, weil es eine automatische Lösung der deut-

15 Dem Vorgang nicht beigefügt.

16 Für die Zusammenfassung der Ausführungen des Gesandten *Wickert*, London, vgl. Dok. 138.

17 Für die Zusammenfassung der Ausführungen des Botschafters *Grewe*, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 139.

18 Botschafter *Krapf*, Tokio, übermittelte am 20. April 1968 eine Zusammenfassung seines Referats für das außenpolitische Kolloquium. Darin führte er u. a. aus: „In Japan wird unsere gegenwärtige Ostpolitik uneingeschränkt positiv bewertet und als erfolgreich angesehen. Man erwartet, daß wir diese Politik durch neue Schritte (CSSR, Polen, insbesondere Oder-Neiße-Linie) fortsetzen. Für die Wiedervereinigung Deutschlands sieht man lediglich in der Veränderung der Machtverhältnisse in Osteuropa eine Chance; eine Voraussetzung ist nach japanischer Ansicht ferner, daß die Frage, was wiedervereinigt werden soll, geklärt ist. [...] Im besonderen wird unser Verhältnis zu Japan für unsere zukünftige China-Politik wichtig sein. Eine solche Politik ist unerlässlich. Wenn auch im Augenblick eine Änderung des Status quo der deutsch-chinesischen Beziehungen nicht möglich erscheint, so sollten wir uns auf lange Frist von dem Gedanken leiten lassen, daß dieses Land aus der Isolierung herausgeführt werden muß und die chinesische Karte eines Tages von größere Bedeutung für uns sein kann.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 168; VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

19 Für die Zusammenfassung der Ausführungen des Botschafters Freiherr von *Braun*, New York (UNO), vgl. Dok. 137.

schen Frage nicht gebe. Dabei käme uns zugute, daß die SU nicht unbegrenzt daran vorbeikönne, daß sich andere Formen des Modus vivendi in Osteuropa entwickelten.

Die DDR müsse sich ängstlich an Moskau anlehnen, aber die Interessen zwischen Pankow und Moskau seien nicht kongruent. Es werde bei uns manchmal unterschätzt, welche Rolle die kommunistische Weltkonferenz im Konzept Moskaus spiele.

Es sei klar, daß die Figur der DDR für die SU von sehr großer Bedeutung sei. Wenn wir vermeiden wollten, in ein Sicherheitskonferenzgefälle zu geraten, dann müßten wir darauf achten, daß wir stets als Kraft für Verständigung in Erscheinung träten. Mit dem Begriff der europäischen Friedensordnung hätten wir uns schon etwas Luft geschaffen. Die innerdeutschen Initiativen der Bundesregierung hätten keinen Zweifel daran gelassen, daß wir unsere Rechtsauffassung aufrechterhielten, und sie seien kein Hindernis, um wenigstens die Bürde der Spaltung zu vermindern.

Wir dürften darauf rechnen, daß wir in der Welt mit unserer Forderung nach humanitären Erleichterungen Verständnis fänden. Aber dabei ginge es nicht ohne Befriedigung gewisser Bedürfnisse der SU und Pankows. In der Frage des SBZ-Antrags auf Mitgliedschaft zur WHO müßten wir so operieren, daß wir weder den Vorwurf noch den Verdacht auf uns ziehen dürften, als seien wir für Humanitäres nicht aufgeschlossen. Dabei sollten wir aber darauf bestehen, daß im Sinne der Entspannung die Berlin-Zugänge gesichert werden müßten und daß die Ärzte aus dem anderen Teil Deutschlands an Kongressen in der Bundesrepublik teilnehmen können müßten. Er rate, man solle sich graduell zu etwas bereit finden, zu dem man sonst auf die Dauer gezwungen würde. Auch müsse man Pankow das Argument aus der Handwinden, daß ohne Anerkennung Entspannungsmaßnahmen nicht möglich seien.

Zur wirtschaftlichen Entwicklung in der SBZ sei zu sagen, daß man dort wirtschaftlich aufgeholt habe und wohl 1972 gleichziehen werde, wenn auch nicht qualitativ, so doch quantitativ. Das gelte auch für die Landwirtschaft. Die Regierung beherrse die Lage, aber sie müsse manövriren. Das habe auch die Kampagne um die neue DDR-Verfassung²⁰ gezeigt.

Wir müßten auf allen Gebieten, auf denen innerdeutsche Kostenerstattung anstehe, diese zu regeln versuchen und dabei unorthodox sein.

VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär)

²⁰ Zum Entwurf vom 31. Januar 1968 für eine neue Verfassung der DDR, der für die Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt wurde, vgl. Dok. 60, Anm. 11.

Am 26. März 1968 verabschiedete die Volkskammer einen geänderten Entwurf. Dazu berichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Hoffmann, Berlin (West), am 28. März 1968: „Nach Angaben des Präsidenten des Nationalrats, Correns, hat die ‚Volksaussprache‘ insgesamt 12 454 Änderungsvorschläge ergeben, von denen 118 in dem nun vorliegenden Text Verwendung fanden und durch die 55 Artikel sowie die Präambel geändert wurden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 202; Referat II A 1, Bd. 856.

Zur Volksabstimmung über den geänderten Verfassungsentwurf am 6. April 1968 vgl. Dok. 161.

Außenpolitisches Kolloquium in Heimerzheim

3. Mai 1968¹

Bundeskanzler: Die wesentlichen Fragen, die gestern² in Referaten behandelt wurden und die heute im Kolloquium zu besprechen sind, betreffen: Europa, unsere Bündnispolitik, die Europäische Friedensordnung, den NV-Vertrag und als Nebenaspekt die Nichtpräsenz einer europäischen Gruppe in den VN (v. Braun) – unter dem Gesichtspunkt deutscher Interessen (Deutschlandpolitik).

Aus den gestrigen Referaten ist deutlich geworden, welche zentrale Bedeutung die Europapolitik und dabei unser Verhältnis zu Frankreich haben. Ausgangspunkt der Diskussion sollten deshalb die Referate der Herren Lahr und Klaiber sein.

Unsere Bündnispolitik steht vor der Problematik des französischen Führungsanspruchs in der europäischen Entwicklung, dem Beitrittsverlangen Englands und der Notwendigkeit amerikanischer Präsenz in Europa. Was soll, was kann daraus werden?

Klaiber: Die Sonntagsreden unserer Politiker, in denen der „Eintritt Englands energisch gefordert“ wird, und die entsprechenden Presse-Leitartikel nutzen der Sache wenig. Sie sind eher kontraproduzent. Die Öffentlichkeit sollte besser über die Tatsachen informiert werden.

England hat den Beitritt, als er angeboten wurde, abgelehnt. Es hat den Fouchet-Plan³ sabotiert. Jetzt ist es in einer finanziell und wirtschaftlich mißlichen Lage. Soll Europa die Lasten für Englands Gesundung tragen? Wir haben England schon zweimal monetär mit Millionen gestützt, gerettet!⁴

Die Franzosen haben bei sich Ordnung geschaffen, das können sie auch von England verlangen. Der Weg zur europäischen Einigung ist noch nicht zu Ende. Wir sollten mehr Gelassenheit zeigen.

Auf den Vorschlag, England jetzt entgegenzukommen, antwortet de Gaulle: dann würden die Engländer die notwendigen unpopulären Maßnahmen vor ihrem eigenen Volk nicht durchdrücken können.

1 Durchdruck.

Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Schmidt-Lademann am 8. Mai 1968 gefertigt.

2 Zum ersten Tag des außenpolitischen Kolloquiums am 2. Mai 1968 vgl. Dok. 146.

3 Eine im Auftrag der EWG-Mitgliedstaaten eingesetzte und vom französischen Botschafter Fouchet geleitete Kommission legte am 2. November 1961 umfassende Vorschläge zur Gründung einer „Union der Europäischen Völker“ vor. Ein modifizierter französischer Entwurf vom 18. Januar 1962 sah bezüglich der gemeinsamen Politik eine Annäherung, Koordinierung und Vereinheitlichung der Außen-, Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspolitik vor. Auf der EWG-Ministerratstagung vom 17. April 1962 in Paris wurde jedoch keine Einigung über die Vorschläge erzielt. Für den Wortlaut der beiden „Fouchet-Pläne“ vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 466-484.

4 An der Stützungsaktion vom 25. November 1964 für das Pfund Sterling war die Deutsche Bundesbank mit 500 Mio. Dollar beteiligt. Der Anteil der Bundesrepublik am Bereitschaftskredit des Internationalen Währungsfonds vom 2. Dezember 1964 in Höhe von 1 Mrd. Dollar war mit 273 Mio. Dollar der größte der von den elf beteiligten Staaten bereitgestellten Einzelbeträge. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats III A 5 vom 6. Januar 1965; Referat III A 5, Bd. 452.

Wickert: Die Franzosen haben ihre wirtschaftlichen und politischen (Algerien-) Probleme innerhalb der EWG gelöst, nicht vorher. Warum verlangen sie es von den Engländern?

Wir sollten uns bei der Beurteilung des Problems nicht nur fragen, welchen Gewinn uns der Beitritt Englands bringt, sondern auch, welchen Schaden wir durch den Nicht-Beitritt erleiden, gerade wir.

Bundeskanzler: Die französische Politik wurde als nationalstaatlich dargestellt. Sie ist es, doch liegt ihr zweifellos auch eine europäische Konzeption zu grunde.

Wir müssen diese Politik in der Perspektive der Wiedervereinigung sehen und uns fragen:

- Ist diese europäische Konzeption realisierbar?
- Ist sie für uns akzeptabel?

Wir wollen England in der europäischen Gemeinschaft haben. Das ist bisher an Frankreich gescheitert. Wie sieht die französische Politik in bezug auf unsere Wiedervereinigung aus?

Ich sage de Gaulle, die Wiedervereinigung sei auch im französischen Interesse. De Gaulle bejahte dies, jedoch unter Bedingungen (Oder-Neiße; Nuklear-Verbot; Rüstungsbeschränkung; Bindung im europäischen Verband). (Die US-Regierung verlangt keine Konzessionen von uns.)

Wehner: Herr Lahr führte aus, daß Europa erst nach seiner Vereinigung Wirkung haben könne. Es ist tragisch, daß die Vorgänge in Osteuropa nicht von einem einzigen Europa aufgefangen werden. Wir sollten aber das europäische Problem nicht zu theoretisch sehen.

Auch Entwicklungen haben bereits Wirkungen, und zwar sowohl bilateral wie multilateral. Wir müssen versuchen, die Theorien der Großen in unserem Interesse zu beeinflussen, solange wir noch nicht als einheitliches Europa handeln können.

Von Hassel: Zu viel Optimismus kann der europäischen Entwicklung auch schaden. Die Ausführungen StS Lahrs zeichneten sich durch gesunde Klarheit und Besorgnis aus. Ohne England und Skandinavien ist Europa nur ein Torso. Es stellen sich also die Fragen:

- 1) Was können wir zur Entwicklung der Gemeinschaft tun?
- 2) Was können wir zu deren Erweiterung tun?
- 3) Wie weit können wir eine Brücke zur anderen Seite schlagen?

oder:

Welche Initiativen können wir

- a) in Brüssel zu sechst ergreifen,
- b) im Hinblick auf die Vier unternehmen?

Brandt: Wir müssen die Realitäten sehen: Eine EWG-Krise ist nicht zu befürchten, sie ist da, wenn auch noch nicht gefährlich. England und mittelbar Skandinavien werden durch Frankreich blockiert, Jugoslawien durch Italien und die Lösung innerer Probleme durch die Erweiterungsprobleme. Franzosen, Holländer und Italiener verfolgen dickköpfig ihre Sonderinteressen, und es bil-

det sich eine Gruppen-Frontstellung: Holland, Belgien, Italien mit England gegen Frankreich und uns. Wir müssen dem mit allen Mitteln entgegenwirken. Wir müssen mit Frankreich zusammenarbeiten und versuchen, es durch weitere Vorschläge für vernünftige Lösung zu gewinnen. Die Franzosen glauben, sie hielten die Engländer fern, wenn sie nicht mit ihnen reden. Die Engländer sind aber sowieso mit von der Partie, auch wenn sie nicht mit am Tisch sitzen. Jeder bezieht sie in seine Überlegungen ein. Wir müssen versuchen, die EWG-Gespräche von Positionsbalast zu befreien, und eine nüchterne und sachliche Erörterung fördern. Unsere Möglichkeiten, die Franzosen in der inneren und äußeren Entwicklung der EWG wirtschaftlich (Agrarfinanzierungen, Jaunde-Abkommen⁵) unter Druck zu setzen, sind gering. Doch sind z. B. die landwirtschaftlichen Verhandlungen, wenn sie „positiv“ verlaufen, in der Regel für uns sehr teuer.

Wir sollten ruhig versuchen, die einzelnen Problemkreise einmal im Zusammenhang zu sehen, und den Zusammenhang darzulegen.

Bundeskanzler: Ja, darin sind wir uns einig.

Brandt: Im Referat (des StS Lahr) scheint mir der politische Aspekt der Gemeinschaft zu kurz behandelt.

Lahr: Die politische Zusammenarbeit der Gemeinschaft wurde nur kurz behandelt, weil sie noch nicht entwickelt ist, nicht weil sie uninteressant wäre. Die wirtschaftliche Integration ist der Vorspann des Europa-Films, und er ist noch nicht abgespult. Zu dem Diskussionsbeitrag Botschafter Klaibers: Die Engländer wollen nicht die Hilfe der EWG. Sie wollen erst selbst gesunden, bevor sie eintreten. Aber sie wollen den Grundsatz geklärt wissen.

Auch eine gesunde Partnerschaft mit Amerika ist nicht auf der Basis der sechs EWG-Staaten möglich, sondern nur mit einer erweiterten europäischen Gemeinschaft.

Bundeskanzler: Verschiedene europäische Konzeptionen stehen sich gegenüber. Ist die SU an einer europäischen Lösung nach de Gaulles Vorschlag interessiert? Kann sie es sein? Die SU fordert die Anerkennung der Zone. Wünscht sie sie wirklich? Sie fordert unsere Unterschrift unter den NV-Vertrag. Wünscht sie sie wirklich? Das Schreckgespenst Deutschland, das ihr so gute Propagandisten leistete, wäre damit erledigt.

Botschafter von *Herwarth* legte die Haltung Italiens zum Beitrittsbegehrn Großbritanniens dar. Für Italien sei – so sagte er – die Erweiterung der Gemeinschaft eine Lebensfrage. Die Italiener seien zwar der Überzeugung, daß die Engländer selbst den Versuch machen müßten, ihre wirtschaftliche Krankheit zu kurieren, doch sei es Aufgabe der Gemeinschaft, diesen Heilungsprozeß zu fördern. Um Frankreich dem britischen Beitrittsbegehrn geneigter zu machen, überlegten sich die Italiener Pressionsmittel, so hinsichtlich der Behandlung der Landwirtschaft in der Gemeinschaft und der Behandlung des Jaunde-Abkommens. Doch sei man sich darüber im klaren, daß diese Positionen einen geringen Wert besäßen. Wenn die Italiener zur Zeit die Assoziierungsverhandlung mit dritten Staaten blockierten, so geschehe das weitgehend aus ihrem

⁵ Zum Assoziierungsabkommen vom 20. Juli 1963 zwischen der EWG und den afrikanischen Staaten sowie Madagaskar vgl. Dok. 15, Anm. 9.

eigenen nationalen Interesse. Was die politische Einigung angehe, so könne man davon ausgehen, daß sie von den Italienern gewünscht werde.

MdB *Barzel* meinte, daß die Konferenzen der Regierungschefs wieder aufgenommen werden sollten.

Bundeskanzler hält es für möglich, mit der politischen Zusammenarbeit unter den Sechsen weiterzumachen. Doch müsse man davon ausgehen, daß man unsere Partner nicht für den Fouchet-Plan II überzeugen könne. Man könne auch weder de Gaulle die Europakonzeption der anderen, noch den anderen die Europakonzeption de Gaulles aufzwingen. Wenn man überhaupt in den europäischen Angelegenheiten weiterkommen wolle, müsse man die Engländer dazu bringen, daß sie sich nicht auf eine Position versteiften, mit der sie nicht weiterkämen.

MdB *Schmidt* betonte, daß nach seiner Meinung ein Anfang mit den Verhandlungen mit Großbritannien hätte gemacht werden müssen. Wenn man den Beitritt Englands in Deutschland nicht fordere, so begebe man sich wegen der weithin durchgedrungenen Enttäuschung über die Europa- und Deutschlandpolitik, das Oder-Neiße-Problem und das Verhältnis zu den USA in eine politische Selbstisolierung. Andererseits sollten wir darauf achten, den Engländern, die ständig unser tatkräftiges Auftreten gegenüber Frankreich forderten, zu sagen, daß es auch Gebiete gäbe, auf denen wir uns ihre Unterstützung wünschten. Auf alle Fälle müsse vermieden werden, daß die Bundesrepublik sich in eine Art Schlüsselrolle zwischen Frankreich und England hineinmanövriren lasse; eine Rolle, die wir nicht erfüllen könnten, weil wir nicht in der Lage seien, Frankreich von seinem eigenen verteidigungspolitischen Weg abzubringen und seinen Widerstand gegen den Beitritt Großbritanniens zu brechen.

Was die Ostpolitik anlange, so schien sie ihm außerordentlich dadurch gefährdet, daß die Erosion der NATO schneller fortschreite als der Auflösungsprozeß in Osteuropa. Auch aus diesem Grunde könnten wir es uns nicht leisten, kein Interesse an den Engländern zu bekunden.

Botschafter von *Walther* äußerte, daß die UdSSR absolut ablehnend gegenüber der EWG eingestellt sei, eine Abneigung, die rein politisch begründet sei. Es sei zu erwarten, daß die Sowjets der Erweiterung der EWG mit aller Brutalität entgegenwirken würden, vor allem, wenn der EWG-Raum auf Skandinavien erweitert werden sollte.

Es sei kein Zweifel, daß de Gaulle die deutschen Interessen in Moskau mit bewundernswertem Mut verteidigt habe⁶, wie übrigens auch die Engländer. Beide hätten jedoch dabei keinen Eindruck auf die Russen gemacht.

Bundeskanzler: De Gaulle bietet dem Osten: Détente, Entente und Coopération⁷, den Abzug der Amerikaner aus Europa, die Anerkennung der Grenzen im

⁶ Während seines Besuchs vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR erklärte Staatspräsident de Gaulle gegenüber der sowjetischen Staatsführung u. a.: „La zone soviétique est votre création donc artificielle dont la reconnaissance n'aurait ni signification ni intérêt pratique.“ Vgl. AAPD 1966, I, Dok. 204.

⁷ Am 31. Dezember 1966 führte Staatspräsident de Gaulle in seiner Neujahrsansprache aus: „En Europe, la guerre froide qui durait depuis vingt ans est en train de disparaître, parce qu'à l'Est comme à l'Ouest on s'aperçoit de ce qu'avait de stérile cet état de tension permanente et menaçante et qu'on mesure, au contraire, ce que la détente, puis l'entente, enfin la coopération, entre tous les

Osten und Süden, das Fernhalten Deutschlands von atomaren Waffen. Von Walther sagt, SU versuche, europäische Einigung zu verhindern und die Aufspaltung zu perpetuieren. Deutschland solle Buhmann bleiben. Falls Europa sich nun doch integriert, wie wird die SU sich dazu stellen?

Von Walther: Negativ. SU strebt nur Pax sovietica an. Vier Hauptpunkte: Status Berlins, Oder-Neiße-Grenze, Entnuklearisierung Deutschlands, Aufhebung des Münchener Abkommens betrachtet die Sowjetregierung bereits als konsumiert.

Drei weitere Punkte: Anerkennung der DDR, Diskriminierung der BRD in UNO (Art. 53 u. 107), Anerkennung des Potsdamer Abkommens hofft die Sowjetregierung durch die angestrebte europäische Sicherheitskonferenz und durch Propaganda zu erzwingen. Wenn es ihr gelingt, ist die Pax sovietica erreicht. Eine Kompromißlösung gibt es für die SU nicht.

Carstens: Wie groß ist das sowjetische Interesse an einem Abzug der Amerikaner aus Europa?

Von Walther: Der Abzug ist Conditio sine qua non.

Carstens: Er wird der SU von de Gaulle angeboten.

Von Walther: Die Anerkennung des Potsdamer Abkommens ist für die sowjetische Regierung der Hauptpunkt Nr. 1 wegen der Interventionsmöglichkeiten, die es ihr in Deutschland bietet.

Krapf: Der Trend, sich mit Europa zu arrangieren, ist geringer geworden.

Strauß: Die NPD ist Wasser auf Moskaus Mühle

- zur Diffamierung Deutschlands und
- zur Untermauerung eines Interventionsrechts.

Bei der Beurteilung der sowjetischen Politik muß unterschieden werden,

- was historisch-machtpolitische Linie,
- was ideologische Komponente ist.

Bismarck hat Deutschland aus den Klauen und dem Einfluß der umliegenden Staaten gerissen und zu staatlicher Einheit geführt. Durch Bescheidung hat er es erhalten können. Rußland hat die Zerschlagung dieses Staates als geschichtliches Geschenk betrachtet. Die SU wird Deutschland als mächtigen einheitlichen Staat der europäischen Mitte weder unter kommunistischer noch unter anderer Fahne haben wollen. Die SU hat drei Flanken (Fronten): die USA, China und Europa. Sie muß also zu verhindern suchen, daß Europa ein mächtvoller Gegenspieler wird.

Das Verhältnis Moskau-de Gaulle ist ein anderes als das Verhältnis de Gaulle-Moskau. Einige Denkansätze de Gaulles sind durchaus richtig, z.B. das Streben nach größerer Unabhängigkeit Europas. Kann diese aber bei der zentrifugalen Tendenz der Einzelstaaten verwirklicht werden ohne Integration?

Fortsetzung Fußnote von Seite 536

peuples de notre Ancien Continent, lui apporteraient de chances pour régler ses propres problèmes, notamment la question de l'Allemagne, pour rétablir l'équilibre pacifique indispensable à l'univers, pour se placer une fois de plus à la tête du progrès humain.“ Vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 5, S. 129.

Die Integration ist aus vielen Gründen nötig. Wenn wir nicht integrieren, ist Europa 1980 als Macht erledigt, wissenschaftlich, wirtschaftlich und damit letzten Endes auch politisch.

Die EWG muß mindestens eine Minimal-Richtschnur für politische Entscheidungen geben können. Europa muß in der Europa-Politik Farbe bekommen. Einzelbemühungen werden lächerlich, auch die französische Atom-Potenz.

Eine maßvolle, aber konsequente Europapolitik und Partnerschaft mit den USA ist unser einziger möglicher Weg, auch im Hinblick auf unsere Deutschlandpolitik und aller anderen Politik.

Der kalte Krieg (Neuaufgabe) wird verschwiegen, aber er ist deshalb nicht weniger real.

Wir haben keine Chance mehr als Nationalstaat. Keiner will ihn. Unsere Chance liegt nur in Europa. Und nur eine Änderung der Gewichte in der Welt kann eine Änderung unserer Lage bringen. Die deutsche Spaltung kann nur in der Heilung der europäischen Teilung überwunden werden. Nur die Mobilisierung der ungenutzten Reserven Europas durch Integration kann eine positive Entwicklung für Europa und uns bringen.

Klaiber: Falls die Wiedervereinigung unser vornehmstes Ziel ist, müssen wir uns klar darüber sein, daß keine Macht bereit ist, uns wiedervereinigt als unabhängigen Staat zu akzeptieren. Für die SU ist selbst die Grundlage der Konzeption de Gaulles (Oder-Neiße-Grenze; Atomwaffenverbot etc.) nicht akzeptabel, da sie die Teilung heilen würde. Erst wenn Europa den Anschluß verpaßt hat, impotent geworden ist, wird die SU bereit sein, es zu tolerieren.

De Gaulle ist der Mann der Oststaaten (da er die Integration behindert).

Grewé: Das Konzept de Gaulles hat Schwächen: Es überbewertet die Entideologisierung der sowjetischen Politik. Es stellt den sowjetisch-chinesischen Antagonismus als Faktor zu stark in Rechnung. Die Rivalität liegt mehr im Weltkommunismus. Auch Starlingers Thesen sind unreal: Ein Bevölkerungsdruck aus China auf die SU ist nicht zu erwarten.⁸

Eine Entlastung an der europäischen Front muß die SU nicht suchen. Sie muß im Gegenteil eher Unruhe in Europa suchen, um sich in der inner-kommunistischen Auseinandersetzung gegen China zu behaupten.

Bundeskanzler: Der politische Wille der SU in bezug auf uns, Deutschland, ist zutreffend dargestellt; er ist tatsächlich rein negativ. Unser Verhältnis zu den USA ist dagegen klar, fest und freundschaftlich. Wir versuchen deshalb, die NATO und den Schutz der USA zu erhalten. Es besteht keine Hoffnung, in absehbarer Zeit mit Moskau in der deutschen Frage weiterzukommen.

Bei den übrigen osteuropäischen Staaten liegt die Sache anders. Unser Erfolg dort mag nicht „viel“ sein; es ist aber unzweifelhaft ein Erfolg: Unsere Politik schwächt die antideutsche Politik der SU und schafft Goodwill.

⁸ Vgl. dazu Wilhelm STARLINGER, Grenzen der Sowjetmacht im Spiegel einer West-Ostbegegnung hinter Palisaden von 1945–1954. Mit einem Bericht der Deutschen Seuchenkrankenhäuser Yorck und St. Elisabeth über das Leben und Sterben in Königsberg von 1945–1947; zugleich ein Beitrag zur Kenntnis des Ablaufes gekoppelter Großseuchen unter elementaren Bedingungen, Würzburg 1955, S. 68–131. Vgl. dazu ferner DERS., Hinter Rußland China, Würzburg 1957.

Wie sieht es mit der sowjetischen Europapolitik aus? Gesetzt den Fall, de Gaulle ist nicht mehr. Die europäische Integration wäre durch Moskau nicht zu verhindern. Kann Moskau seine drei großen Probleme (USA–China–Europa) zugleich handhaben? Liegt darin nicht eine Chance für uns? Allerdings ist China eine Spekulation; es ist vorläufig als Größe noch nicht einsetzbar, wie Grewe richtig sagt, aber es kann sich entwickeln – zwar nicht so wie Fucks⁹ es darstellt, aber doch in diese Richtung. Vielleicht ist China in einigen Jahrzehnten die größte wirtschaftliche und wissenschaftliche Macht.

Brandt: Zur Europapolitik:

De Gaulle fürchtet die Erweiterung der Gemeinschaft, weil sie dann für ihn zu unhandlich wird, auch in seiner Ostpolitik.

Um in der Europapolitik weiterzukommen, müssen wir uns von Cliché-Vorstellungen freimachen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit bewirkt eben keinen Zwang zur politischen Zusammenarbeit. Das bedeutet: Ein ökonomischer Zusammenschluß muß nicht mit einem politischen Zusammenschluß identisch sein. Mitteleuropa wäre auch eine mögliche Einheit. Schmidt sagt, wir sollten die Entwicklung nicht dadurch gefährden, daß wir Schlüsselpositionen zu übernehmen suchen.

Wir müssen aber eigene Vorstellungen entwickeln und dabei in enger Konsultation mit den anderen handeln.

Wir sollten uns auch nicht nur auf einen Hauptpartner stützen; auch die Engländer haben sich in der Vergangenheit als zuverlässiger Partner erwiesen.

Noch ein Betätigungsfeld

In der europäischen Gemeinschaft, in der NATO werden die Sicherheitsvorstellungen zunehmend eine Rolle spielen. Auch hier könnten wir eingreifen.

Zur Osteuropa-Politik:

Von Walther sagt, die SU kreide uns die „Auffächerung“ in unserer Ostpolitik an. Nicht wir haben aufgefächert; die SU argumentiert widersprüchlich. Sie verlangte, daß wir allen Staaten Osteuropas gegenüber aufgeschlossener werden.

Gerade in unserer Ostpolitik müssen wir in die Zukunft schauen, in die nächsten Jahrzehnte. Und in diese Schau müssen wir den Weltkommunismus mit einschließen. Wer hätte z. B. vor einem Jahr die Entwicklung in Prag vorausgesehen.

Warum sollten wir nicht auch die Möglichkeit einer Bereinigung des Verhältnisses SU–China mit als Möglichkeit einkalkulieren und eine Bereinigung unseres Verhältnisses zu China? Wir dürfen nicht die Zeit – und unsere Verbündeten – uns im China-Run weglassen lassen.

Bundeskanzler: Zur Europapolitik (zu Herrn Schmidt): Wir haben Wilson und Brown, als sie bei uns waren¹⁰, gewarnt, daß wir nicht so viel Einfluß in Euro-

⁹ Vgl. Wilhelm FUCKS, Formeln zur Macht. Prognosen über Völker, Wirtschaft, Potentiale, 2. Auflage, Stuttgart 1965.

¹⁰ Premierminister Wilson und der britische Außenminister Brown hielten sich im Rahmen einer Rundreise durch die EWG-Mitgliedstaaten am 15./16. Februar 1967 in Bonn auf.

Der britische Außenminister Brown führte erneut am 19. Januar 1968 in Bonn Gespräche mit Bundesminister Brandt.

pa haben, wie sie glauben, insbesondere nicht bei de Gaulle. Wir haben versucht, Italien zur Unterstützung heranzuziehen, aber es hat nicht viel gefruchtet. (Italien hat seit dem Kriege keine großen Initiativen mehr gestartet.)

England ist nicht unvernünftig; es ist einem guten Argument gegenüber nicht ablehnend. Wir sollten sie dazu bewegen, in dem europäischen Procedere nicht zu juristisch zu insistieren und das Junktim zwischen Arrangement¹¹ und Beitritt aufzugeben. Um ihnen das Gefühl der Isolierung zu nehmen, könnten wir die bilateralen Kontakte weiter ausbauen.

Krapf: Zur Ostpolitik:

Es lohnt sich, das SU–China-Problem näher zu betrachten. Der Nationalgegensatz Rußland–China ist uralt. Er war nur zeitweise und teilweise durch die Ideologie übertüncht. Der ideologische Gegensatz entspringt dem National- und Kulturgegensatz. Dazu kommt die politische Konkurrenz in Südostasien. Nicht zu unterschätzen ist das Problem der chinesischen Gebietsansprüche gegenüber der SU.¹² Es wirkt unabhängig davon, ob ein Bevölkerungsdruck existiert oder nicht und bindet sowjetische Kräfte in jedem Falle. Ob und wann sich diese Dinge für uns auswirken, bleibt offen.

Von Walther: Zur SU:

Die Endziele der sowjetischen Politik sind kaum erreichbar. Die Ideologie wirkt in der SU müder. Das Politbüro muß mit der Furcht der Öffentlichkeit vor einem Krieg rechnen. (Kuba; Chruschtschow–Fall¹³). Die öffentliche Meinung wird in der SU von der Regierung wesentlich intensiver studiert, als draußen angenommen wird (Räteversammlung und öffentliche Versammlung).

Zu China:

Die SU leidet auf Grund der ungleichen Verträge mit China¹⁴ an einem schlechten Gewissen China gegenüber. Die SU glaubt nicht, daß China sich selbst ernähren kann (auf Grund der Erfahrung eigener landwirtschaftlicher Mißerfolge). Deshalb fürchtet sie einen chinesischen Bevölkerungsdruck. (Sowjetischer Trinkspruch: Deutsch-russische Waffenbrüderschaft gegen gelbe Gefahr.)

11 Zu den Vorschlägen der Bundesregierung vom 9. März 1968 für eine handelspolitische und technologische Zusammenarbeit der EG mit den beitrittswilligen Staaten vgl. Dok. 90, Anm. 2.

12 Mit den Verträgen von Aigun und Tientsien (1858) sowie dem Handelsvertrag von Peking (1860) kam es zu einer Regelung der Grenzen zwischen Rußland und China, bei der die Gebiete nördlich des Amur und östlich des Ussuri an Rußland fielen. Umstritten blieb insbesondere der im Vertrag von Ili bzw. St. Petersburg (1881) nur teilweise geregelte Grenzverlauf in der Region Sinkiang/Turkestan. Seit 1949 versuchten die UdSSR und die Volksrepublik China, ihren Einfluß im Gebiet von Sinkiang auszubauen. Dies führte 1960 und 1962 zu Grenzzwischenfällen. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wickert vom 20. März 1963; Referat II A 3, Bd. 62.

13 Nikita Sergejewitsch Chruschtschow wurde auf der Plenartagung des Zentralkomitees der KPdSU vom 14. Oktober 1964 seines Amtes als Erster Sekretär des ZK der KPdSU enthoben. Am 15. Oktober 1964 folgte seine Absetzung als sowjetischer Ministerpräsident. Seine Nachfolger wurden der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjet der UdSSR, Breschnew, bzw. der Erste Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Kossygin.

14 Am 8. März 1963 stellte die chinesische Tageszeitung „Renmin Ribao“ in einem Artikel fest, daß die chinesische Regierung die Verträge zwischen Rußland und China zur Regelung der Grenze als „ungleich“ betrachte und zu gegebener Zeit neu zu verhandeln wünsche. Demgegenüber wies die sowjetische Regierung auf die Gültigkeit der Verträge hin und vertrat die Ansicht, daß eine offene Grenzfrage zwischen beiden Ländern nicht bestehe. Diese Position wurde in einem Schreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KPCh vom Januar 1966 bekräftigt. Vgl. PEKING REVIEW, Nr. 10/11 vom 15. März 1963, S. 58–62. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. DIE WELT, Nr. 67 vom 21. März 1966, S. 6 (Auszug).

Zum Weltkommunismus:

Die Einstellung der SU zum Weltkommunismus hat sich gewandelt. Der Aufbau der Industrie geht vor, auch als ideologische Frage; der Weltkommunismus spielt nicht mehr eine entscheidende Rolle. Wenngleich nationale Befreiungskriege weiterhin unterstützt werden.

Bundeskanzler: Ich habe nicht den Eindruck, daß der Weltkommunismus keine Rolle mehr spielt.

Von Walther: Die offensive Spielart des Weltkommunismus wird im Sinne der sozialistischen Brüderlichkeit weiterhin mitgemacht, unterstützt; sie spielt aber intern nicht mehr die beherrschende Rolle, die sie hatte.

Von Herwarth: Zum Verhältnis SU-China:

Schon Stalin unterstützte Chiang Kai-shek (statt des Kommunisten Mao Tsetung) aus nationalen Gründen. Stalin unterstützte auch Hitler, trotz einer starken Kommune in Frankreich. Stalin ist der Vernichter des ideologischen Kommunismus. Das Menschliche ist stärker. Die kommunistische Komponente ist seitdem der nationalen nachgeordnet und dient dieser.

Wickert: Zu Europa:

England sperrt sich einem Angebot zu einer Übergangslösung nicht, wenn es von allen sechs Partnern der Gemeinschaft kommt. Dabei sollten wir es jedoch nicht bewenden lassen: Auch nachdem es zu einem Arrangement gekommen sein wird, sollten wir die bilateralen Bande mit England stärken.

Bundeskanzler: Ja; aber auch die Engländer müssen ein bißchen realistischer werden, damit es zum Arrangement kommt.

Barzel: Zur SU: (zu von Walther)

- 1) Wie groß ist der Informationsgrad der Diskutierenden in der SU?
- 2) Kann man zugleich in Moskau, Pankow und den übrigen osteuropäischen Staaten anklopfen?
- 3) Die SU muß nach Ihrer Darstellung Rücksicht auf Weltkommunismus und Satelliten nehmen. Ist das nicht ein Argument für eine „Auffächerung“?

Von Walther: Zu Frage 1)

Die sowjetische Bevölkerung informiert sich anhand der inländischen und ausländischen Sendungen (auch BBC, deutsche und US-Sender) und Zeitungen. Kommentare werden nicht gelesen; die machen sie sich selber. Das Berlin-Problem ist für die Sowjetbürger uninteressant. Das sowjetische Volk ist hoch begabt und urteilskräftig. Das Bild des Sowjetbürgers entspricht in etwa dem des Mitteleuropäers.

Zu Frage 2)

Dabei muß man mit äußerster Vorsicht operieren. Versuche, mit der DDR ins Gespräch zu kommen, werden nur als Manöver empfunden.

Zu Frage 3)

Die Russen prozedieren in ihren Plänen langsam und mit großen Pausen, wenn sie merken, daß sie nicht durchkommen. Wir könnten deshalb zu einem Modus vivendi kommen und ihn zu zementieren versuchen, bis die Umstände für uns besser werden. (Modus vivendi = Verbesserung der Beziehungen in Randgebieten.)

Schmidt: Zu Bundeskanzler (der von Walther Widersprüchlichkeit vorwirft): Wir sollten die Widersprüche in der sowjetischen Politik nicht Herrn von Walther anlasten.

Bundeskanzler: Wir wollten unsere Politik auf Grund dieser Diskussion prüfen. Mir scheint, daß sich die Politik gegenüber Osteuropa als richtig erwiesen hat.

Von Walther: Die sowjetische Politik ist von uns völlig unbeeinflußbar. Deshalb erscheint sie uns oft nicht sehr verständlich.

Von Herwarth: Ein sowjetischer Diplomat in Rom sagte mir zur sowjetischen Politik: „Ihr müßt Geduld haben.“ Die italienische Regierung sagte mir zu unserer Politik: „Für Euch ist nur die Fortsetzung der Linie, die Ihr jetzt verfolgt, möglich; aber Ihr könnt sie nur mit uns weitergehen, denn allein seid Ihr zu schwach.“

Ende der Vormittagssitzung

Bundeskanzler: Herr Klaiber riet zu Geduld und Gelassenheit. Herr von Braun plädierte für eine große Initiative, ein Paket.

In unserer Ostpolitik, sagt man, tue sich nichts. Das ist zweifellos untertrieben, aber für große Initiativen fehlen uns wohl die Möglichkeiten. Uns bleibt nichts anderes übrig, als uns weiter zu bemühen, in kleinen Schritten Vertrauen zu sammeln. Eine spektakuläre Politik wäre vielleicht schöner, aber kaum sinnvoll. Was stellen Sie, Herr von Braun, sich unter einer großen Initiative vor? Welchen Erfolg versprechen Sie sich davon?

Von Braun: Wir sitzen in den VN am Katzentisch und dürfen nichts sagen. Unsere Lage wäre besser, wenn wir initiativ werden könnten. Die SU wird uns mit der Europäischen Sicherheitskonferenz (ESK) ganz an die Wand spielen, zumal die USA (wegen des Wechsels in der Administration) nicht auf dem Plan sind.

Das europäische Entspannungsproblem geht mangels Koordination der europäischen Partner zu unseren Lasten. Unsere europäischen Gesprächspartner in den VN sind sich alle darüber klar, daß uns das europäische Interesse eint und nicht nur aus der Sicht der 45-er Jahre zu betrachten ist. Entsprechend kooperativ verhalten können sie sich aber nur, wenn sie Weisungen ihrer Regierungen dazu erhalten, und die bleiben aus.

Die von mir angeregte Initiative müßte große Perspektiven zeigen, sie muß auch Opfer anbieten, die uns wehtun. Teile des Pakets könnten sein:

- Unterzeichnung des NV-Vertrags (nach Klärung aller Punkte);
- Teilnahme an der Konferenz nichtnuklearer Mächte¹⁵, um echte Zugeständnisse zu erreichen; (Ausgeglichenheit der Verpflichtungen; Zusatzprotokoll von Prinzipien);
- Entwicklung eines größeren Plans für eine europäische Entspannungszone.

Der Plan könnte enthalten

- a) Angebot eines Arrangements an die Partner, Art. 107 der Charta der VN auf die Basis der Grundrechte zu stellen, um den minderen Status zu überwinden;

¹⁵ Die Konferenz der Nichtnuklearstaaten fand vom 29. August bis 28. September 1968 in Genf statt.

- b) nuklearfreie Zone in Europa;
- c) vereinbarte Truppenreduktion;
- d) Einbeziehung der NV-Vertragsunterzeichnung, begleitet von Zusatzvereinbarungen mit den osteuropäischen Staaten, z.B. über Reiseerleichterungen, Kulturabkommen, Jugendwerk, Entwicklungsbank, Schiedsgericht etc.

Eine solche Initiative würde der Wiederbelebung der europäischen Kohäsion dienen. Die Attraktivität solcher Gedanken für Osteuropa scheint erwiesen, mindestens würden sie die Zustimmung eines großen Teils der öffentlichen Meinung finden.

Bundeskanzler: Und was machen wir mit der Frage der Oder-Neiße-Grenze, der Anerkennung der DDR?

Von Braun: Diese Fragen müssen wir als unberührbar erklären.

Bundeskanzler: Ich habe mehr getan: Ich habe eine Aussprache darüber angeboten.

Von Braun: Mir ist klar, daß alle Punkte, die ich vorgebracht habe, nicht neu sind. Alles wurde schon einmal gesagt. Mir kommt es auf die optisch-wirksame Zusammenfassung an, damit ein überzeugendes Bild unserer Politik entsteht.

Brandt: Die Konferenz der Nichtnuklearen könnte für eine Initiative geeignet sein. Sicherheitsfragen sind jedoch nicht ohne Konsultation mit den Alliierten behandelbar. Die Grenzfrage ist in einem Papier der SU gegenüber behandelt worden.¹⁶ Das Münchener Abkommen sollten wir mit der ČSSR klären. Die Abstimmung der Außen- mit der Wirtschaftspolitik habe ich mit Schiller besprochen. Er braucht noch ein halbes Jahr Zeit. Bei Verhandlungsangeboten an die osteuropäischen Länder werden diese die konkrete Frage stellen: Was schaut dabei wirtschaftlich heraus?

Im ganzen stehe ich dem Vorschlag positiv gegenüber, jedoch bedarf es intensiver Klärung in Vorfragen.

Barzel: Wie lange kann das Papier, welches wir der SU über den Gewaltverzicht geben, vertraulich bleiben? Die Herren Brandt und Schmidt meinen, wir müssen etwas zur Sicherheit sagen; Herr Wehner erwähnt die Friedensordnung. Termine zwingen uns, unsere Gedanken zu koordinieren, um optisch zu „klotzen“. Wir haben Verzichte geleistet, z.B. mit unserer Souveränität. Wo ist das Quid pro quo? Wir brauchen uns nicht nur auf die Diskriminierung der UN-Charta zu berufen. Ein weiterer Baustein: Im Osthandel sollten wir multilateralen Zahlungsausgleich anstreben.

Schmidt: Bisher haben wir uns mit der Analyse der Feindlage beschäftigt. Die Analyse der eigenen Lage ist etwas zu kurz gekommen. Darauf müßten, nach militärischer Regel, Entschluß und Durchführung folgen. Dabei müßten wir vor allem auch den innerpolitischen Aspekt betrachten. Das haben wir insofern dringend notwendig, als die Regierungserklärung vom 13.12.1966¹⁷ als einziger Bezugspunkt der Darstellung unserer Politik zu alt ist. Selbst das Dezem-

¹⁶ Vgl. dazu die Ausführungen im Aide-mémoire der Bundesregierung vom 9. April 1968 über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen; DzD V/2, S. 573f.

¹⁷ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Kiesinger vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 63, S. 3656–3665.

ber-Papier zur Verteidigungspolitik¹⁸ muß neu geprüft werden. Beide bedürfen der kritischen Sonde. Mir scheinen folgende Schritte notwendig:

- 1) Festlegung, was wir wollen;
- 2) im Frühherbst substantielle, breite außenpolitische Darlegung.

Bundeskanzler: Wir sollten in der Tat deutlich machen, was die Bundesregierung tun will, aber auch, was sie tun kann.

Wehner: Ich halte punktuelle Vorschläge für zweckmäßiger als Pakete, auch im innerdeutschen Raum. Die Lage für Paketvorschläge ist schlecht. Wir könnten zu leicht in ein Sicherheitskonferenzgefälle geraten. Die Friedensordnung scheint mir als Ansatzpunkt mehr zu versprechen. Wir sind auf dem Gebiet blank, aber erleben laufend Truppenreduktionen ohne Gegenleistung. Meine Bedenken gegen das Paket röhren auch daher, daß ich uns in Situationen schlittern sehe, die wir nicht verkraften können, z.B. ein UN-Beitrittsangebot für beide Teile Deutschlands.

Bahr: Die Motive des Paketvorschlags sind verständlich. Aber auch ich sehe Gefahren. Die Behandlung der Artikel 107 und 53 der VN-Charta birgt die Gefahr, daß daraus gefolgert wird, wir hielten die Einheit Deutschlands nicht mehr für so wichtig; denn die Artikel fallen fort für die Staaten, die einen Friedensvertrag geschlossen haben.

Zu von Walther (zu den vier konsumierten Punkten):

Ein großer Teil unserer Bemühungen zielt darauf hin, die von Herrn von Walther als bereits als konsumiert bezeichneten vier Punkte nicht als solche gelten zu lassen.

Von Hassel: Das Kolloquium hat in seiner Gedankenfülle reichlich Arbeit für die nächsten Monate gebracht. An Terminen stehen an: die Konferenz der Nicht-nuklearen und die Wahlen in den Vereinigten Staaten. Unter Zeitdruck stehen wir also nicht. Wir müssen uns Zeit lassen bei der Konzipierung der Sicherheits- und Friedensordnung.

Ich bin ein wenig deprimiert über den hier zu Tage getretenen Mangel an politischem Spielraum und an Spielfähigkeit.

Wir müssen die Zeit vor allen Dingen nutzen, um in der europäischen Entwicklung weiterzukommen.

Brandt: Zur Frage der Opfer, die wehtun:

- 1) Kann man mit reduzierter Position etwas erreichen, was vorher nicht erreichbar war?
- 2) Ist es sinnvoll, uns in der Unterzeichnungsfrage des NV-Vertrags zu exposieren?
- 3) Berlin: Wir müssen mit unseren Alliierten neue Aufgaben für Berlin skizzieren. Und wir sollten die Berlinfrage von der deutschen Frage unabhängig machen.

Bahr: Zum NV-Vertrag:

Wir stehen unter keinerlei Zeitdruck in der Unterzeichnungsfrage und haben keine Veranlassung, uns zu exponieren. Falls der NV-Vertrag aufgelegt wird,

¹⁸ Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Schröder am 6. Dezember 1967 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 7134–7145.

müssen mindestens vierzig unterzeichnet haben, bevor er durch Ratifizierungen gültig werden kann. Das dauert mindestens 9 Monate. Ratifizierungen sind erst im Sommer bis Herbst 69 zu erwarten, und erst dann beginnen die Verhandlungen zwischen EURATOM und der Wiener Behörde.

Bundeskanzler: Zum Paketvorschlag:

Wir müssen uns vor Kleinmut hüten. 1953–54 ist die EVG gescheitert, nicht die Europa-Politik.

Auch stehen wir wieder vor der Frage, sollen wir eine mühsame schwere Politik weiterführen oder Ballast abwerfen und uns freistrampeln? Wir haben zwei Fehler:

- 1) einen zu kurzen Atem bei der Lösung von Problemen,
- 2) den Hang, Geschichte antizipieren zu wollen.

Die Geschichte hat eine reichere Fantasie als wir. Die Zeit arbeitet für uns, nicht gegen uns. Auch Herr von Walther wies richtig darauf hin, daß die Russen nie gegen das Kulturgefälle Erfolg hatten.

Wenn es möglich ist, Zeit zu nutzen, um Hilfskräfte zu sammeln, sollten wir es tun. Der Gedanke einer Europäischen Friedensordnung ist gut. Wir sollten ihn weiterführen. Die Friedensordnung braucht Zeit. In zehn Jahren kann viel passieren. Wir sollten nichts zu antizipieren versuchen. Auch die NATO ist kein Dogma.¹⁹

Es ist eine mühselige Arbeit zu halten, was zu halten ist, aber es ist eine lohnende Aufgabe, in der Hoffnung auf bessere Zeiten. Ich halte diese mühsame Arbeit für richtiger als einen „Paket“-Kraftakt mit Opfern, die wir evtl. nicht zu bringen brauchen. Von einem Paket bleibt meistens nur übrig, was uns selbst weh tut.

Ein neues Interesse am Deutschlandproblem ist in der Politik schon zu spüren, und ich kämpfe, solange ich kämpfen kann, gegen jeden Verlust an Substanz.

Wo ist eine Alternative in der Europa-Politik sichtbar? – Etwa wie damals die NATO als Alternative zur EVG. Ich vermag keine zu sehen. Wir müssen die Franzosen gewinnen zum Voranschreiten und die Engländer zur Einwilligung in ein vernünftiges Arrangement. Vielleicht ist die Lage im Herbst schon ganz anders.

Auch ich bin durchaus für Initiativen, ununterbrochen sogar. Aber für die Initiative des mühsamen Brettbohrens (nicht der großen Vorleistungen).

Können wir in der Abrüstung etwas tun?

Von Braun: Ja. Wir können und sollten Beziehungen mit den Gruppen aufnehmen, die dem Vertrag in der unvollkommenen Fassung kritisch gegenüberstehen.

Bundeskanzler: Ja. Einverstanden; aber nicht mit dem Paket. Es ist unser Schicksal, mit Geduld und Mühe weiterzuarbeiten. Wir dürfen nicht ein Ge-

¹⁹ In einem Ergebnisprotokoll zum außenpolitischen Kolloquium am 2./3. Mai 1968 führte Legationsrat I. Klasse Schmidt-Lademann dazu aus: „Aufgrund des Vortrags des Bundesaußenministers und von Beiträgen vornehmlich des BM Wehner, Botschafters von Braun und MD Bahrs entschied der Herr Bundeskanzler: Der Gedanke einer europäischen Friedensordnung ist weiterzuführen und auszuarbeiten. Wir sollten uns dabei genügend Zeit lassen.“ Vgl. VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

fühl der Frustration aufkommen lassen. Das wäre eine Gefahr. Das Feld deutlicherer Maßnahmen ist für uns die Innenpolitik, nicht die Außenpolitik.

Von Hassel: Innenpolitisch sehe ich eine Gefahr darin, daß die Schwierigkeiten in Brüssel sichtbar werden (Jugend?).

Von Herwarth: Die Jugend kann Wahrheit und Klarheit besser vertragen als Propaganda.

Bundeskanzler: Die Jugend liegt außenpolitisch auf einer ganz anderen Etage. Aber eines ist richtig: Wir müssen unsere Politik überzeugend darlegen, d. h. wir müssen die alte Regierungserklärung aufgrund der inzwischen eingetretenen Änderungen und Fortschritte neu entwickeln.

Schmidt: Die Forderung, Substanz zu bewahren, ist eine zu verbale Forderung. Was ist unsere Substanz? Was ist unser Interesse? Das müssen wir nach außen klarmachen. Und wir müssen uns dabei hüten, alte Illusionen abzustauben.

Zunächst müssen wir intern unsere Interessen definieren. Und dabei klar festlegen, was wir maximal, was minimal erstreben. Den NV-Vertrag sollten wir z.B. nicht als letzte unterschreiben. Aber auch in allen anderen Fragen wie NPD, Friedensordnung, Sicherheit, Truppenreduzierungen, Berlin, Osteuropa müssen wir uns stets über das Minimum und das Optimum dessen, was wir wollen und erreichen können, klar werden. Nach außen ergibt sich daraus, was wir verlangen, was propagieren können. Wir sollten keine effektlose Betriebssamkeit entwickeln, zumal nicht wo eine Bewegungsstörung jeden Erfolg unmöglich macht. Wir müssen auch die Innenpolitik in der Außenpolitik mehr einkalkulieren. Ein psychologischer Erfolg innen ist auch ein psychologischer Erfolg nach außen. Die Durchschlagkraft unserer außenpolitischen Maßnahmen hängt weitgehend vom innenpolitischen Vertrauen ab.

Wir sollten uns auch ggf. zu „Frontbegradigungen“ entschließen, bevor uns eine unhaltbare Position von außen eingedrückt wird.

Bundeskanzler: Zu Schmidt: Die Positionen sind gestern ziemlich deutlich geworden. Die Lage ist so, wie ich sagte: mühsam! Spektakuläre Maßnahmen sind nicht sinnvoll.

Schmidt: Zu Vietnam: Auch in der Vietnamfrage ist es notwendig, unserer Öffentlichkeit klarzumachen, wo unsere Interessen liegen. Wir können uns nicht gegen Amerika wenden. Das muß gesagt werden.

Bundeskanzler: Die Leute wissen, wir dürfen uns nicht von den USA trennen. Sie unterscheiden in den Meinungsumfragen sehr klar ihre Haltung zu den USA von ihrer Einstellung zur amerikanischen Vietnampolitik. Wir sind keine Bekenner; wir machen praktische Politik.

Diehl: Fast alle Missionschefs haben bestätigt, daß unsere Politik draußen als dynamisch empfunden wird. Die Arbeit mag eine Plackerei sein, aber der Erfolg sollte nicht unter der geringen Bewegungsmarge verdeckt sein. Auch die Bewertung unserer Politik durch die Sowjetunion deutet darauf hin, daß sie Gewicht hat.

Vor Jahren sagte ich, die Gewöhnung an die Teilung Deutschlands verschlechterte unsere Position. Man sollte so etwas nicht als irreversibel betrachten und sich immer alle Möglichkeiten offenhalten. Unsere Ostpolitik bestätigt das.

Von Braun kapriziert sich auf den Paketvorschlag. In einem hat er recht. Die UN fragen ihn: Was wollt ihr eigentlich? Die Wiedervereinigung – und was sonst?

Wir müssen flankierende Maßnahmen zu unserer Deutschlandpolitik ergreifen, ein deutsches Programm entwerfen. Wir müssen, ohne übervorsichtig zu sein, kurz treten, Anteil nehmen an Interessen der anderen und den Gesichtspunkt des Friedens in den Vordergrund stellen.

Die Europapolitik wird schwerlich vor 1971/72 weiterkommen. Inzwischen müssen wir den inneren Ausbau weiterführen. Und dabei müssen wir die Franzosen und die Engländer gleichermaßen bei Laune halten.

Wir sollten unsere Interessen auch gegenüber unseren Alliierten deutlicher vertreten. Vor allem dürfen wir die allzu häufigen Schläge in die Kniekehlen, die unsere EWG- und NATO-Partner uns auf anderen Schauplätzen verpassen, nicht ohne Reaktion hinnehmen.

Neben der EWG sollten wir eine militärische und politische Zusammenarbeit als zweites Instrument schaffen.

Unsere gegenwärtige Politik ist nicht nur Plackerei und Mühe. Sie ist nicht ohne gewissen Sexappeal, nicht ohne Glanz.

Bundeskanzler: Sie mag Glanz haben, aber nicht vor dem deutschen Publikum. Den Erfolg sehen nur in- und ausländische Kenner. Der erste große Schwung in der Ostpolitik ist vorbei. Jetzt müssen wir weitermachen, mühsam in Kleinarbeit. Nüchtern, bedachtsam und entschlossen müssen wir weiterarbeiten.

Von Walther: Die SU treibt eine sehr langfristige Politik, z.B. die Politik der peaceful co-existence. Die Europäische Sicherheitskonferenz ist auch eine derartige langfristige Offensive. Wir müssen sie zu stoppen versuchen, um einen günstigeren Zeitpunkt für uns zu erwischen.

Bundeskanzler: Vorschlag?

Von Walther: Nichts tun, was Ulbricht nützt; nichts tun, was die SU zu Weitem reizt.

Bundeskanzler: Also keine Ostpolitik?

Von Walther: Ostpolitik ja, aber nicht zu weit gehen. Eher wirtschaftlich initiativ werden, nicht politisch.

Bundeskanzler: Und was hätten wir davon? Ich bin nicht Ihrer Meinung. Nur als handelndes politisches Subjekt werden wir für die SU interessant.

Schiller: Sicherlich sollten wir nicht spektakuläre Maßnahmen ergreifen, aber dieses Kolloquium soll doch wohl der Analyse, der Definition der Ziele und der Ausarbeitung eines Katalogs von Maßnahmen dienen. Das Ergebnis muß ein strategisches Papier sein.

In der EWG, aber auch in anderen Bereichen, wird die Tendenz sowohl zur Polarisierung wie auch zur Partikularisierung sichtbar. Skandinavien z.B. wird durch Frustration seitens der EWG, aber auch im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich auf eine eigene Entwicklung abgedrängt. Kanada geht in der NATO Sonderwege. Selbst die Vereinigten Staaten nehmen mit ihrer geplanten 10%igen Sonderabgabe Zuflucht zu einer Partikularmaßnahme, die bei ihren Partnern entsprechende Gegenmaßnahmen auslösen muß.

Im Osten werden die Zugangswege nach Berlin bedroht. Der Polyzentrismus gewinnt an Raum.

Unser Ziel muß es sein, die Polarisierung zu beeinflussen. Wir können es mit ökonomischen Mitteln. Unsere französischen Kollegen tun es mit großem Erfolg.

Währungspolitik:

Wir haben die USA unterstützt, wir haben die Zehnergruppe und damit Europa unterstützt, wir sind aber in unserer Entscheidung für eine Weltwährung noch frei. Wir können für das französische oder das amerikanische System optieren. Die Option für Frankreich wäre revolutionärer – welchen Preis sollten wir dafür verlangen? Englands Beitritt? Darin liegt Politik. Wir könnten für die USA optieren – Preis?

England:

Wir haben England bisher ohne Preis in Milliardenhöhe monetär unterstützt. Die jetzt notwendig werdende Stützung²⁰ erfordert eine langfristige international garantierte Anleihe. Wir werden zu deren Garanten gehören – Preis?

Post-Vietnamlage:

a) Der Verhandlungsort ist noch offen.²¹ Wenn es Paris würde, dort unter französischer Schirmherrschaft, ein Paix mondial USA–Vietnam geschlossen würde, wäre das nicht für de Gaulle einen Preis wert? Eine französisch-amerikanische Annäherung z.B.?

b) Die Entwicklungspolitik nach dem vietnamesischen Friedensschluß bietet auch manche politischen Möglichkeiten.

Innerdeutsche Politik:

Die sympatheträchtige Frage des Berlinzugangs könnte in der dritten Welt politisch genutzt werden. Könnten wir nicht die Unterschrift unter den NV-Vertrag für die Freiheit Berlins verkaufen?

DDR:

Als flankierende Maßnahmen bieten sich Handel, Swingerhöhung und Kreditierung an, sowohl gegenüber der DDR wie Osteuropa. Unsere ökonomischen

20 Als Folge der Abwertung des Pfund Sterling am 18. November 1967 begannen insbesondere die Staaten des Sterlingblocks, ihre Guthaben aus London abzuziehen. Die britische Regierung sah sich deshalb am 19. Juni 1968 veranlaßt, zur Deckung den vom Internationalen Währungsfonds gewährten Bereitstellungskredit in Höhe von 583 Mio. Dollar (1,4 Mio. Pfund) in Anspruch zu nehmen. Am 6./7. Juli 1968 kamen die Zentralbanken von Belgien, der Bundesrepublik, Dänemark, Holland, Italien, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, der Schweiz und der USA in Basel überein, der Bank of England für einen Zeitraum von 10 Jahren einen weiteren Stand-by-Kredit in Höhe von 2 Mrd. Dollar (833 Mio. Pfund) zur Verfügung zu stellen. Dazu bemerkte Botschafter Blankenhorn, London, am 18. Juli 1968, daß zwar die Verschuldung Großbritanniens erneut gestiegen sei: „Dafür sind jedoch die britischen Sterlingreserven von der Gefahr eines plötzlichen Abzugs größerer Sterlingbeträge befreit worden. Dieser Druck hatte den politischen Handlungsspielraum der britischen Regierung in der Vergangenheit häufig eingeengt (Suezkrise 1956 und Nahostkrieg 1967). Nur am Rande ist zu erwähnen, daß ein entscheidendes französisches Argument gegen den britischen EWG-Beitritt, nämlich die Sonderstellung des Sterling, durch die gemeinsame Stützungsaktion zwar noch nicht ausgeräumt, das Problem jedoch einer Lösung erheblich näher gebracht worden ist.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1996; Referat III A 5, Bd. 631.

21 Am 3. Mai 1968 einigten sich die USA und die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) auf Paris als Verhandlungsort für die Gespräche über eine Beilegung des Vietnam-Krieges. Am 10. Mai 1968 nahmen der Leiter der amerikanischen Delegation, Harriman, und der Leiter der nordvietnamesischen Delegation, Xuan Thuy, die Verhandlungen auf.

Maßnahmen sollten jedenfalls wesentlich stärker auf die Außenpolitik abgestimmt werden.

Bundeskanzler: Unsere Politik muß Gehalt haben; sie darf nicht darauf angelegt sein, Emotionsbedürfnisse zu befriedigen. Der Paket-Vorschlag erhielt daher wenig Konsens. Wichtig ist es jedoch, das seit 1966 Erreichte in nächster Zeit einmal überzeugend darzustellen.

Krapf: Herrn Diehl ist zuzustimmen: Unsere Politik ist dynamisch und nicht ohne Glanz. Wir sollten so weitermachen, und zwar, wie Herr Wehner sagt, mit punktuellen Initiativen und, wie Herr Schiller sagt, mit gesteigerter Varianz. Das mag für andere unbequem sein. So what! In unseren eigenen Dingen, in der Deutschlandpolitik werden wir nur weiterkommen, wenn wir unbequem sind. Die Grenzen, die wir nicht überschreiten sollten, werden wir leicht erkennen.

Allardt: „Halten, was zu halten ist“ war der Ausgangspunkt unserer Politik. Die Isolierung der DDR, die wir betrieben, wird von den osteuropäischen Staaten angegriffen. Sie bringt uns der Wiedervereinigung nicht näher, aber vielleicht leitet sie einen Prozeß ein, der einen Regimewechsel in der DDR herbeiführen könnte.

Knappstein: Wie kann man dem Beobachter bei den VN mehr Gelegenheit verschaffen, mit den Delegationen in den VN zu sprechen? Das ist das Problem, was im Interesse unserer dortigen Arbeit zu lösen ist.

Zum NV-Vertrag: Auf der Ebene der Vertragsformulierung sind 80% unserer Wünsche erfüllt. Nur drei Forderungen sind noch offen:

- a) eine engere Verbindung mit Abrüstungsmaßnahmen;
- b) Schutz vor Druck, Drohung und Erpressung;
- c) größere Flexibilität in der Prozedur (Austritt, Amendments und Prüfung der Lage).

Auf der Ebene der Akzessorien fehlen noch:

- a) authentische Interpretationen;
- b) die Rohstofflieferungsgarantie für spaltbares Material;
- c) eine Post-NATO-Schutzgarantie;
- d) das Protokoll der Konferenz der Nichtnuklearen.

Die Grundsatzfrage bei der Beurteilung unseres Standorts in der NV-Frage lautet:

Wie paßt der Vertrag in unsere politische Gesamtlinie?

Wie wirkt er sich auf die NATO aus? (Erosion?)

Wie wirkt er sich auf die europäische Einigung aus?

Wird sie gefährdet?

Wie wirkt er sich auf die Wiedervereinigung aus?

Ich bezweifle, daß die SU den Vertrag ratifizieren wird, ohne daß Deutschland unterzeichnet und ratifiziert hat. Wir sollten nicht zuletzt unterschreiben, uns aber genügend Zeit lassen. Ein „Nein“ sollten wir allenfalls aus grundsätzlichen Erwägungen aussprechen, nicht aus Gründen²² der Formulierung oder der Akzessorien, und ein etwaiges Nein sollten wir uns sehr überlegen.

²² Korrigiert aus: „Gründung“.

Bundeskanzler: Die nicht erreichten Textformulierungen sind unsere Haupt-sorgen. Wir sollten in der Tat bei der Konferenz der Nichtnuklearen gediegene Politik machen (ohne uns zum gang leader stempeln zu lassen). Andererseits müssen wir im NATO-Bündnis und insbesondere den USA gegenüber auf die Erhaltung des Bündnisses und die Respektierung der übernommenen Verpflichtungen Wert legen.²³

Ahlers: Der Sexappeal mag in unserer Außenpolitik vorhanden sein, es fehlt ihr aber die Potenz. So wenigstens wird es in der Öffentlichkeit empfunden, besonders in der Jugend. Der Zug nach rechts basiert auf dem Gefühl der Ohnmacht. Wie kann die Regierung dem entgegenwirken? Wir müssen der Öffentlichkeit klar machen, daß wir das nationale Interesse vertreten und verfolgen, z.B. in Berlin, z.B. beim NV-Vertrag. Wir dürfen nicht in die Lage kommen, daß die Bevölkerung meint, wir müßten den NV-Vertrag gegen unser Interesse unterschreiben.

Wir müssen der Erosion entgegenwirken. Truppenverringerungen sind im Gespräch. Daran wird die Erosion sichtbar. Die Folge davon kann sein, daß wir unsere Truppen verstärken müssen.

Lahr: Zur Wirtschaft als Instrument der Außenpolitik: Wir haben erhebliche Erfolge in der Wirtschaftspolitik gehabt; auf der Welthandelskonferenz, in den Entwicklungsländern und in der Ostpolitik und zwar als Folge unserer Wirtschaftspotenz. Die USA wollen nun 3,3 Milliarden von uns.²⁴ Sie werden sie nicht bekommen. In der Europäischen Gemeinschaft haben wir weitgehend die Rechnung gezahlt. Es hat uns nicht geschadet. Es ist die Grundlage des Gewichts unserer Stellung dort.

Bundeskanzler: Was wir politisch können, was wir vermögen und was nicht, müssen wir sehen und erkennen. Das wollten wir in dieser offenen Diskussion klären und haben es getan.

Außenpolitik bedarf des innerpolitischen Konsenses; nicht aber darf zum Zwecke des Konsenses eine falsche Außenpolitik betrieben werden.

Zu Knappstein: Ich stimme Ihren Ausführungen mit Einschränkung zu.

Zu Grewe: Sie haben die Lage der NATO zutreffend geschildert. Auch ich halte

²³ Dazu notierte Legationsrat I. Klasse Schmidt-Lademann im Ergebnisprotokoll zum außenpolitischen Kolloquium am 2./3. Mai 1968: „Aufgrund des Vortrages des Bundesaußenministers und von Beiträgen vornehmlich der Botschafter Grewe, Knappstein, von Braun und MD Bahr entschied der Herr Bundeskanzler: Es ist anzustreben, den Text des Vertrages weiter zu verbessern hinsichtlich des Schutzes vor Druck, Drohung und Erpressung durch Nuklearmächte, einer engeren Verbindung mit Abrüstungsmaßnahmen sowie größerer Flexibilität in Prozedurfragen (Austritt, Änderungen und Überprüfung). Auf der Ebene der Akzessorien sind authentische Interpretationen, Lieferungsgarantien für spaltbares Material und eine Post-NATO-Schutzgarantie anzustreben. Die geplante Konferenz der Nichtnuklearstaaten ist zu diesem Zweck sorgfältig wahrzunehmen; dabei ist zu vermeiden, daß wir in die Rolle eines gang leaders manövriert werden. Im übrigen müssen wir im NATO-Bündnis und insbesondere den USA gegenüber auf die Erhaltung des NATO-Bündnisses und auf die Einhaltung der übernommenen (Schutz- und Liefer-) Verpflichtungen Wert legen. Die Frage, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen die Bundesregierung den Vertrag unterzeichnen sollte, blieb offen.“ Vgl. VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

²⁴ Zur Forderung der USA im Rahmen der Verhandlungen mit der Bundesrepublik über einen Deviationsausgleich vgl. Dok. 158.

Reformvorschläge für witzlos. Wir müssen an dem Vorhandenen festhalten, damit sie nicht bröckelt.²⁵

Zur europäischen Frage:

Es gibt keinen anderen Weg, als den, den wir gehen. Wir müssen versuchen, Bundesgenossen zur Weiterverfolgung unseres Ziels zu finden. Von Frankreich müssen wir eine großzügigere Interpretation der Erklärung vom 16.2.1968²⁶, von England Vernunft und Bescheidung zu erreichen versuchen. England sollten wir darüber hinaus bilateral stützen.²⁷

Unsere Politik der SU gegenüber ist wichtig und richtig. Wir sind der SU gegenüber nicht unredlich durch unsere Osteuropapolitik. Wir sind ja bereit, die gleiche Politik auch der SU gegenüber zu betreiben.²⁸

Unsere Entwicklungspolitik kann z.Zt. nicht großzügig sein, da wir durch die Rezession geschwächt sind. Sie ist aber immer noch beachtlich. Und unsere Politik ging den Chefs der Entwicklungsländer, wenn ich sie ihnen verdeutlichte, gut ein. An ihrem Verständnis mangelte es nicht. (Aber die Presse hilft uns nicht, Herr Ahlers!)

25 Dazu führte Legationsrat I. Klasse Schmidt-Lademann im Ergebnisprotokoll zum außenpolitischen Kolloquium am 2./3. Mai 1968 aus: „Aufgrund des Vortrages des Bundesaußenministers und der Beiträge von Botschafter Grewe entschied der Herr Bundeskanzler: Das Nordatlantische Bündnis ist weiter zu pflegen; einer Erosion des Bündnisses ist nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Dabei ist insbesondere anzustreben, die Vertragsgrundlage, die militärische Integration, das Abschreckungspotential, den politischen Mechanismus des Rates und ausreichende politisch-militärische Mittel zur Bewältigung von Krisen aufrechtzuerhalten.“ Vgl. VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

26 Für den Wortlaut der deutsch-französischen Erklärung vom 16. Februar 1968 vgl. Dok. 62, Anm. 17.

27 Im Ergebnisprotokoll zum außenpolitischen Kolloquium am 2./3. Mai 1968 ergänzte Legationsrat I. Klasse Schmidt-Lademann, daß Bundeskanzler Kiesinger zur künftigen Europapolitik entschieden habe: „Die innere Entwicklung und die Erweiterung der EWG sowie die politische Integration Europas sind konsequent und so zügig wie möglich weiter zu betreiben, wenngleich die Erweiterung und mehr noch die politische Integration derzeit stagnieren. Bei der inneren Entwicklung der EWG gilt unser Interesse vornehmlich der Abrundung der Wirtschaftsunion durch Einbeziehung der Technologie im weitesten Sinne sowie der Konjunktur- und Währungspolitik. Bei der Erweiterung der Gemeinschaft muß unser besonderes Bemühen darauf gerichtet sein, einerseits die französische Regierung zu einer großzügigeren Interpretation unserer Vereinbarung vom 16. Februar 1968 und zu einer offeneren Bereitschaft in der Beitrittsfrage Großbritanniens zu überzeugen, andererseits die britische Regierung durch stärkere bilaterale Zusammenarbeit von ihrer starren, juristisch begründeten Prestigehaltung zu befreien und zu größerer Flexibilität in der Vereinbarung von Übergangslösungen zu ermutigen. Die europäische Schlüsselrolle, die uns dabei zufällt, dürfen wir weder optisch anstreben noch uns aufdrängen lassen. Aus sichtbar souveränen nationalen Interesse müssen wir diese Aufgaben angehen.“ Vgl. VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

28 Dazu führte Legationsrat I. Klasse Schmidt-Lademann im Ergebnisprotokoll zum außenpolitischen Kolloquium am 2./3. Mai 1968 aus: „Aufgrund des Vortrages des Bundesaußenministers sowie von Beiträgen vornehmlich der Botschafter von Herwarth, von Walther, Grewe und Krapf und allgemeinen Konsenses mit Ausnahme der Botschafter von Walther und von Braun entschied der Herr Bundeskanzler: Die Politik der Entspannung sowie der Verbesserung und Erweiterung der Beziehungen mit allen osteuropäischen Staaten ist bilateral in konsequenterem Bemühen und in dem Maße weiter zu betreiben, wie der jeweilige Partner dazu bereit ist. Politische Substanz unserer Grundpositionen (Wiedervereinigungs- und Sicherheitspositionen) darf nicht als Vorleistung zur Erhöhung der Bereitschaft der Partner geopfert werden. (Botschafter von Braun hatte empfohlen, unsere Ostpolitik mit einer großen Initiative, welche auch fühlbare Opfer anbieten müsse, überzeugender zu machen, um ihr mehr Stoßkraft und neuen Schwung zu verleihen.) Rücksicht auf die Interessen der SU darf uns nicht hindern, die Beziehungen zu anderen Staaten Osteuropas zu verbessern.“ Vgl. VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.

Schmidt: Wir müßten einen Konsensus erreichen, daß nicht alle Politiker zu allen Problemen mit verschiedenen Zungen reden.

Bundeskanzler: Wir müssen unsere Politik synchronisieren, insbesondere unsere Deutschland- und unsere Ostpolitik.

Grewel: Zum NV-Vertrag:

Eine NATO-Meinung zum NV-Vertrag ist schwer zu definieren. Die Franzosen schweigen. Die Benelux-Staaten und Skandinavien befürworten den Vertrag. Wir stehen mit Italien als Kritiker allein.

Ich möchte nur noch drei Fragen anschneiden:

1) Das Problem der Garantielücke. 1969 kann die Regierung der USA den NATO-Vertrag kündigen.²⁹ Wir sind dann ohne Wehr und ohne Schutz.

2) Die Gefahr des Einfrierens des Nukleararrangements und die Gefahr des Einwirkens der SU auf das bündnisinterne Nukleararrangement. Wird es dann noch eine Möglichkeit geben, die Nuklearbewaffnung zu modernisieren, zu erhöhen? Selbst die Trägerwaffen sollen nach russischer Optik unter den NV-Vertrag fallen. Wird Europa ein ABM-System erhalten können? Selbst über die Zulässigkeit atomarer Antriebsaggregate für Kriegsschiffe sind die Auskünfte der USA widersprüchlich.

3) Die Schädigung der Substanz und der Moral des Bündnisses als Folge der Ungleichheit der Partner unter dem NV-Vertrag. Erosion der Solidarität.

Wehner: Die Auseinandersetzung unter den Kommunisten kann nur dann für uns günstige Resultate haben, wenn wir nicht als die Anstifter dazu dastehen. Wir müssen immer wieder unseren Entspannungswillen zeigen – so wie einmal Bundeskanzler Adenauer gesagt hat, wir könnten über vieles reden, wenn die Menschen im anderen Teil Deutschlands freier leben können.³⁰

VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär)

²⁹ Zur Möglichkeit eines Ausscheidens aus dem NATO-Vertrag vom 4. April 1949 vgl. Dok. 67, Anm. 14.

³⁰ Aufgrund der Beiträge der Bundesminister Brandt und Wehner traf Bundeskanzler Kiesinger hinsichtlich der künftigen Gestaltung der Deutschlandpolitik der Bundesregierung die Entscheidung: „Die Politik der Entspannung und menschlichen Erleichterungen ist im Rahmen der begrenzten Bewegungsmöglichkeiten aktiv weiter zu betreiben. Dabei ist jeder Verlust an Substanz zu vermeiden.“ Vgl. das Ergebnisprotokoll des Legationsrats I. Klasse Schmidt-Lademann zum außenpolitischen Kolloquium am 2./3. Mai 1968; VS-Bd. 502 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1968.